

Soziale Sicherheit

«Soziale Sicherheit betrifft uns alle!»

Das neu gegründete BFH-Zentrum Soziale Sicherheit will einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialen Sicherheit in der Schweiz leisten. ► 6



Wie sozial ist Sicherheit?

Peter Schneider, Psychoanalytiker und Autor, sprach an der Eröffnung des BFH-Zentrums Soziale Sicherheit ► 10



Berner
Fachhochschule

BFH-Zentrum Soziale Sicherheit

- 4 Startschuss für das BFH-Zentrum Soziale Sicherheit
- 6 «Soziale Sicherheit betrifft uns alle!»
- 10 Wie sozial ist Sicherheit?

Fachbereich

- 13 Gastbeitrag: Soziale Arbeit ist ... von Monika Pessler
- 14 Von «Soz Bern» zu «Alumni BFH Soziale Arbeit»
- 16 Praxiserfahrungen und Theoriewissen als zwei Seiten der gleichen Medaille
- 20 News & Infos

Soziale Intervention

- 22 «Keine Daheimnisse!» – ein Projekt gegen Körperstrafen in der Erziehung
- 26 Case Management bei komplexen Fällen im Kindes- und Erwachsenenschutz
- 28 Aktuelles und Weiterbildung

Soziale Organisation

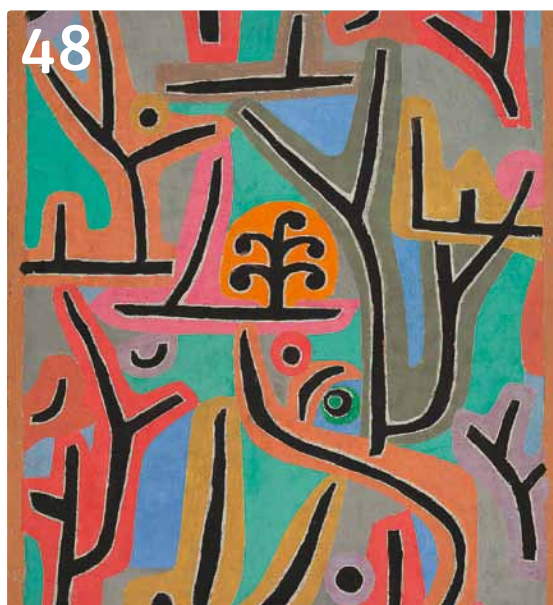
- 31 Eine Organisation im Spannungsfeld von Stabilisierung und Aufbruch unterstützen
- 34 Zunahme von aggressivem Verhalten gegenüber dem Kantonspersonal
- 37 Aktuelles und Weiterbildung

Soziale Sicherheit

- 38 Armutsrisiken im jungen Rentenalter nehmen zu
- 42 Eine neue Ära beginnt
- 46 Aktuelles und Weiterbildung

Institut Alter

- 48 Bilder-Reisen. Kunstbetrachtung mit demenzkranken Menschen
- 52 Aktuelles und Weiterbildung





Johannes Schleicher
Leiter Fachbereich Soziale Arbeit
johannes.schleicher@bfh.ch

Es geht um Angemessenheit

Soziale Sicherheit ist ein Klassiker der Neuzeit. Von Bismarck bis ins Reich der Mitte: Wo immer die primären Auffangnetze massenhaft versagen – die Familie, der Stamm, das Dorf, der Betrieb – da sieht die öffentliche Hand sich in der Pflicht, uns abzusichern vor den individuellen ökonomischen Folgen des Eintritts elementarer Lebensrisiken. Sie schützt damit:

- uns alle vor Verarmung und Verelendung – oder zumindest vor der Angst davor. Sozialpolitik ist Gesundheitspolitik.
- die öffentliche Ordnung vor Outlaws, die nichts mehr zu verlieren haben. Sozialpolitik ist Ordnungspolitik.
- den Wettbewerb vor dem Rückzug jener, die die Risikofreudigkeit nicht aufbringen, sich mit Optimismus und Unternehmergeist auf den Markt zu werfen: Stellenwechsel, Wohnungswechsel, Konsum, Investitionen, Schulden machen, Firmen gründen mit einem innovativen Produkt. Das dürfen wir nicht nur, das sollen wir. Marktwirtschaft lebt vom Risiko. Deshalb ist ihr unsere Risikobereitschaft ein schützenswertes Gut. Sozialpolitik ist auch Wettbewerbspolitik.

Indem Soziale Sicherheit individuelle Verantwortung auf die Allgemeinheit abwälzt, setzt sie sich Vorwürfen aus:

- Sie entlaste uns zu sehr und schwäche damit Individuum, Gemeinschaft und private Initiative. Selbstverschulden an der eigenen Bedürftigkeit müsse Ausschlusskriterium bleiben für Leistungen, ihr Missbrauch greife Sinn und Zweck des Sozialstaats im Kern an. So reden die einen und verkennen dabei, dass Soziale Sicherheit nicht Gutmenschentum, sondern Vernunft entspringt.
- Für andere sind Leistungen der Sozialen Sicherheit rechtlich und moralisch geschuldete Genugtuung für alle Unbill, die uns vom «System» angetan werde, Wiedergutmachung für die Schäden, die entfremdete Arbeit an Mensch und Gesellschaft anrichte. Stereotyp malen sie den grossen Sozialabbau an die Wand. Und wenn er denn eintritt, fehlen die Worte.

Da tut Gelassenheit Not.

Genau hinschauen, aus verschiedenen Perspektiven. Tabus brechen, wie etwa die Frage nach Sättigung. Welches ist das optimale Mass an Kollektivierung individueller Risiken? Eine Frage, die immer wieder ausgehandelt werden muss.

Die BFH ist in einer guten Ausgangslage, um dafür die Grundlagen zu liefern. Ihre Fachbereiche Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit stehen seit zehn Jahren in enger Zusammenarbeit. Hier trifft das Studium der Voraussetzungen körperlichen, psychischen, sozialen und kulturellen Wohlergehens auf die Lehre von der Steuerung angemessenen Ressourceneinsatzes – und es entsteht dabei genau der Kompetenzmix, der für eine langfristige Sicherung unserer sozialstaatlichen Errungenschaften nachgefragt ist.

Deshalb hat die BFH ein «Zentrum Soziale Sicherheit» zu einem ihrer Markenzeichen gemacht.

Impressum impuls 3 / 2015

Herausgeberin: Berner Fachhochschule BFH, Fachbereich Soziale Arbeit
Erscheinungsweise: 3-mal jährlich
Auflage: 10 200 Exemplare
Redaktion: Denise Sidler Kopp, Brigitte Pfister, Catrina Dummermuth und Oliver Slappnig
Fotos: photocase (1 oben), iStock (4), Oliver Slappnig (1 unten, 5–8, 11, 12, 14 links, 16–18, 20, 21, 34, 35, 42–44), Verein Eden (31, 32), restliche: zVg

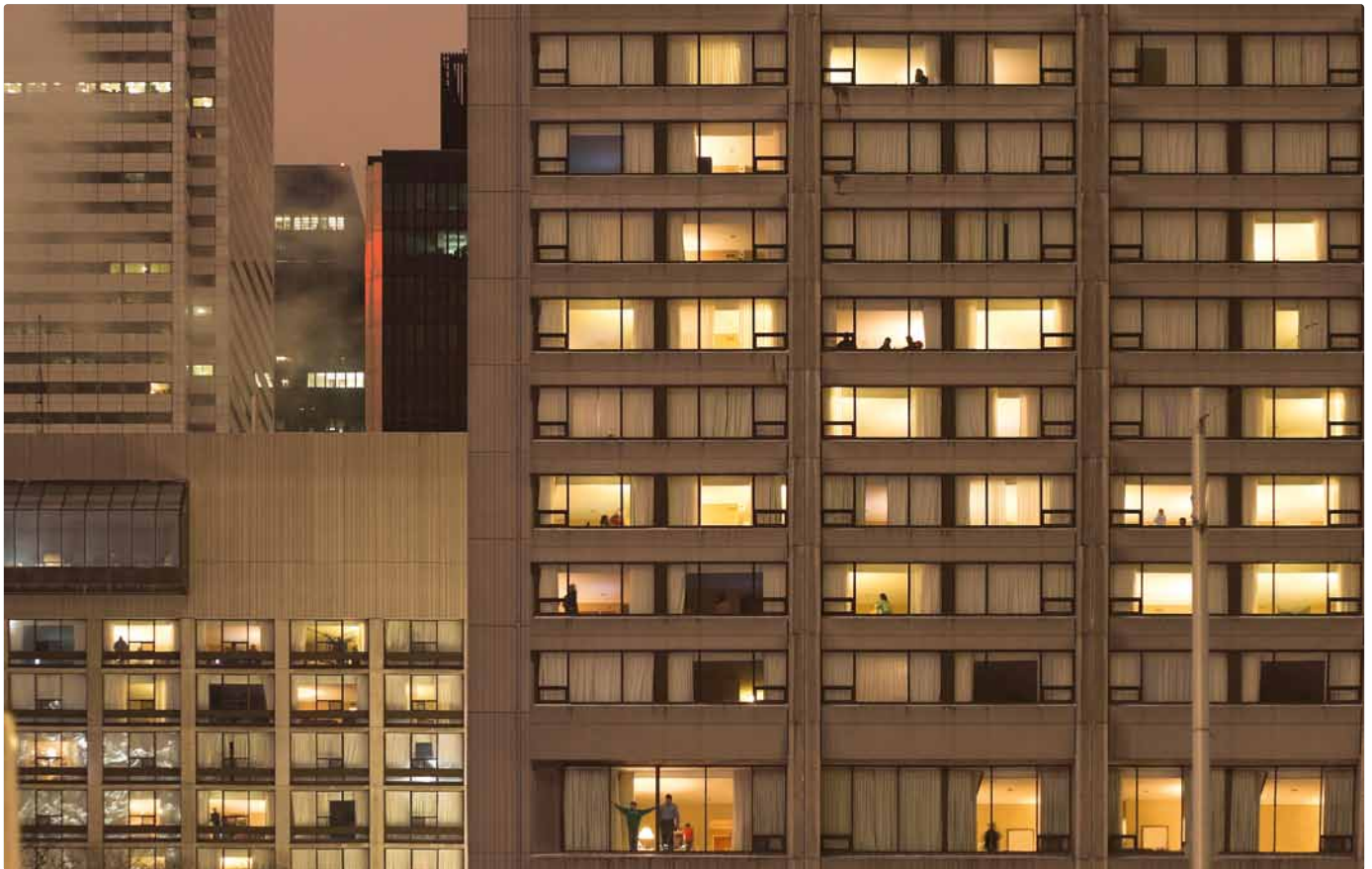
Layout: Studio Longatti, Biel
Druck: Stämpfli AG, Bern
Copyright: Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.
Abonnement: soziale-arbeit.bfh.ch/impuls
 ISSN 1661-9412

Startschuss für das BFH-Zentrum Soziale Sicherheit



Denise Sidler Kopp
Kommunikation
denise.sidler@bfh.ch

Rund 400 Forschungsinteressierte aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft haben sich Anfang Juni im Kursaal Bern getroffen. An einem Kick-off-Event wurden ihnen die vier neuen BFH-Zentren Soziale Sicherheit, Technologien in Sport und Medizin, Nahrungsmittelsysteme sowie Holz – Ressource und Werkstoff vorgestellt.



«Komplexe Fragestellungen in Technik und Gesellschaft erfordern heute oft neue Herangehensweisen und interdisziplinäre Ansätze», heisst es in einer Medienmitteilung der BFH. Aus diesem Grund hat die BFH ihre etablierten Forschungsgruppen und Kompetenzen in vier BFH-Zentren gebündelt. Expertinnen und Experten arbeiten darin über die Grenzen von Organisationseinheiten und Disziplinen hinweg zusammen. Es ist dies das Resultat eines mehrjährigen strategischen Aufbauprozesses, wie Marc-André Gonin, Präsident der BFH-

Forschungskommission, in seinem Referat vor rund 400 Partnern, BFH-Mitarbeitenden und weiteren Interessierten am Kick-off-Event sagte.

Forschung an der Fachhochschule

«Forschung an Fachhochschulen ist anwendungsorientiert. Sie ist nicht abgehoben. Sie nimmt sich realer Probleme an», sagte Rektor Prof. Dr. Herbert Binggeli in seiner Begrüssungsrede. Zu guter Lehre gehöre gute Forschung. Das dadurch gewonnene Wissen fliesse direkt



Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Peter Schneider, Prof. Dr. Sabine Hahn und Prof. Dr. Reinhard Riedl.

in die Ausbildung der Studierenden ein, so Binggeli. Diesen Aspekt betonte auch Regierungsrat Bernhard Pulver in seinem Grusswort: «Die Lehre hätte ohne Forschung kein innovatives Element. Ihre Inhalte wären innert kürzester Zeit überholt.» Ermöglicht würde die Forschungstätigkeit an der BFH durch die über 800 externen Partner aus Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft, die vom Wissens- und Technologietransfer ebenfalls profitierten, sagte Pulver weiter.

BFH-Zentrum Soziale Sicherheit

Das BFH-Zentrum Soziale Sicherheit erarbeitet Grundlagenwissen zu sozialen Risiken und deren Absicherung sowie Handlungswissen in der Arbeit mit vulnerablen Gruppen. Durch die Erarbeitung und Vertiefung des Wissens zu den Wirkungen der Sicherungssysteme, Organisationen und Interventionen leistet das BFH-Zentrum einen Beitrag zu einem effektiven und effizienten Gesamtsystem der sozialen Sicherheit.

Im BFH-Zentrum sind Expertinnen und Experten aus den Fachbereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Wirtschaft sowie aus dem Institut Alter vertreten.

Das BFH-Zentrum forscht in sechs Schwerpunkten:

- Generationenbeziehungen
- Arbeit, Chancengleichheit und Diversity
- Existenzsicherung und Integration
- Organisation sozialer Dienstleistungen
- Gesundheitliche Risiken und Lebenslagen
- Entwicklungschancen und -risiken in Kindheit und Jugend

bfh.ch/socialsecurity

Soziale Sicherheit im Fokus

Davon konnten sich die Partner im Anschluss an den gemeinsamen Auftakt selbst überzeugen: Die BFH-Zentren stellten sich ihrem jeweiligen Fachpublikum in vier separaten Veranstaltungen ausführlicher vor. Zentrumsleiter Prof. Dr. Martin Wild-Näf beleuchtete die sechs thematischen Schwerpunkte des BFH-Zentrums Soziale Sicherheit (vgl. Kasten). Danach kam der Psychoanalytiker und Autor Prof. Dr. Peter Schneider, bekannt als SRF3-Haus-Satiriker, in seiner Rede zum Schluss, dass Risiken heutzutage immer mehr im Individuum selbst verortet und privatisiert würden, was einerseits die Selbstkontrolle verstärke und andererseits die Rolle der grossen sozialen Institutionen und Versicherungen verändere (vgl. den Abdruck seiner Rede ab Seite 10).

Von A wie «Alterspflege» bis Z wie «Zusammenwirken im sozialen Sicherungssystem»

Das grosse Spektrum der Sozialen Sicherheit zeigte sich dem Publikum beim anschliessenden Projektposter-Marktplatz. Es war deutlich spürbar, dass die konkreten Projekte das Herz des BFH-Zentrums sind: Um die Poster bildeten sich Menscentrauben und die Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit zu einem lebhaften Austausch mit den Forschenden.

Zum Schluss diskutierten Prof. Dr. Peter Schneider, Prof. Dr. Sabine Hahn, Leiterin angewandte Forschung und Entwicklung Pflege, und Prof. Dr. Reinhard Riedl, Wissenschaftlicher Leiter des Fachbereichs Wirtschaft, im Podiumsgespräch über verschiedene Bereiche der Sozialen Sicherheit. Konstatiert wurde eine Entsolidarisierung in der Gesellschaft, gewarnt wurde vor der Diskriminierung Einzelner aufgrund von Big Data und philosophiert wurde über die Frage, wie viel Risiko es im Leben denn brauche, um Entwicklung nicht zu blockieren.

Der Auftakt ist geglückt, die BFH-Zentren sind lanciert. Doch zurecht hat Rektor Herbert Binggeli den Zentren einen «langen Atem beim Auf- und Ausbau» gewünscht. Mit vielseitigen interdisziplinären Projekten möchte das BFH-Zentrum Soziale Sicherheit künftig einen wertvollen Beitrag für die evidenzbasierte Entwicklung des sozialen Sicherungsnetzes leisten. ●

Die Projektposter sowie eine Bildergalerie und Videos zum Anlass finden Sie unter soziale-arbeit.bfh.ch/kick-off

Magazin zu «Risiko und Sicherheit»

Das Magazin «Präsenz» des Fachbereichs Wirtschaft erscheint am 8. September 2015 und widmet sich dem Thema «Risiko und Sicherheit».

Bestellen Sie das Magazin unter wirtschaft.bfh.ch/praesenz

«Soziale Sicherheit betrifft uns alle!»



Prof. Dr. Martin Wild-Näf,
Leiter des BFH-Zentrums Soziale Sicherheit
im Interview
martin.wild@bfh.ch

Interview

Brigitte Pfister
Kommunikation
brigitte.pfister@bfh.ch

Im neu gegründeten BFH-Zentrum Soziale Sicherheit arbeiten mehrere Forschungsgruppen aus verschiedenen Organisationseinheiten an einem Thema zusammen. Sie steuern ihr Wissen bei, lassen sich aus der Perspektive der anderen hinterfragen und entwickeln zusammen neue Forschungsfragen und -projekte. Ein Ziel haben alle vor Augen: einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialen Sicherheit in der Schweiz zu leisten.

Martin Wild, die BFH hat im Juni vier neue Forschungszentren lanciert. Wie kam es dazu und was ist das Neuartige insbesondere am BFH-Zentrum Soziale Sicherheit?

Martin Wild: Die BFH besteht aus sechs Departementen, die insgesamt ungefähr 30 Forschungsschwerpunkte bewirtschaften. Es ist unmöglich, so viele Schwerpunkte gleichzeitig nach aussen zu kommunizieren. Daher fokussiert sich die BFH auf vier strategisch relevante und interdisziplinär ausgerichtete Forschungsthemen, die sie nun verstärkt nach aussen sichtbar machen will.

«Im BFH-Zentrum soll ein interdisziplinäres, interprofessionelles und intersektorales Verständnis von Sozialer Sicherheit verfolgt werden.»

Aus einer Evaluation im Jahr 2014 resultierten zwei logische Themen, welche als BFH-Zentren in Frage kamen: Mit den Themen Holz und mit Nahrungsmitteltechnologien hat die BFH bereits zwei «unique selling propositions», die es sonst in der Schweiz an keiner Hochschule gibt.

Dass das Thema Soziale Sicherheit ebenfalls ausgewählt wurde, ist ein ausserordentlicher Erfolg. Von den 30 bestehenden Forschungsschwerpunkten gehören wir nun also zu den vier, die die BFH in Zukunft für ihre Profilbildung verwenden wird.

Aber es gab ja schon am Fachbereich Soziale Arbeit Forschung zum Thema Soziale Sicherungssysteme. Was ist nun anders im BFH-Zentrum?

Dass wir ein BFH-Zentrum zum Thema gründen konnten, ist einerseits eine Auszeichnung für die bestehende Forschung. Andererseits existiert der Anspruch, dass die Forschung im BFH-Zentrum auch wirklich eine interdisziplinäre Perspektive verfolgt. Es soll nicht nur um Forschung zum Sozialwesen und zur Sozialen Arbeit gehen, sondern es soll ein interdisziplinäres, interprofessionelles und intersektorales Verständnis von Sozialer Sicherheit verfolgt werden. Die Forschungsprojekte sollen insbesondere das Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch die Wirtschaft miteinander verbinden. Wir wollen nicht einfach auf dem bis jetzt verfolgten Kurs weiterfahren, sondern ganz klar neue Herausforderungen annehmen und entsprechende interdisziplinäre Projekte zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs Gesundheit, des Instituts Alter und des Fachbereichs Wirtschaft verfolgen. Einzelne solche Projekte hat es jetzt schon gegeben, ich denke da zum Beispiel an das Forschungsprojekt zum Angehörigen-Support im Altersbereich oder an das Projekt Gender Pension Gap zusammen mit dem Institut Alter. In Zukunft soll es noch deutlich mehr solche Projekte geben.



«Befehlen kann man interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht. Aber man kann Anreize schaffen.»

Interdisziplinarität ist ein grosses Wort. Wie will man sie fördern und verankern?

Für das Geheimrezept, wie man Interdisziplinarität in der Forschung nicht nur behaupten, sondern auch wirklich realisieren kann, würde ich viel Geld bezahlen. Es hat mit Kulturarbeit zu tun. Es reicht nicht, nur eine Strategie zu haben, sondern es ist notwendig, dass sich die Menschen kennen, dass die Forscherinnen und Forscher aus den einzelnen Forschungsgruppen voneinander wissen. Es müssen Möglichkeiten bestehen, Beziehungen zu knüpfen und eine Projektzusammenarbeit zu entwickeln. Es muss das Bewusstsein entstehen, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, dass man Mehrwert generieren kann, wenn man über die eigene Arbeitsgruppe, über die eigene Abteilung, über das eigene Institut hinaus mit anderen Kompetenzträgern zusammenarbeitet. Alle kulturbildenden Aspekte sind sehr wichtig, befehlen kann man interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht. Aber man kann Anreize schaffen. Die Leitung des Departements Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit hat entschieden, dass sie ab 2015 interdisziplinäre Projekte fördern möchte, und wir hoffen, dass unsere Forscherinnen und Forscher positiv auf diese Anreize reagieren werden.

Die Forschung an einer Fachhochschule wie der BFH hat immer den Anspruch, anwendungsbezogen zu sein. Wer wendet das Wissen des BFH-Zentrums Soziale Sicherheit an?

Jeder Mensch ist vom Thema Soziale Sicherheit irgendwie betroffen. Soziale Sicherheit hat etwas mit unserer Versorgung im Alter zu tun, mit unserer Gesundheitsversorgung oder mit der Absicherung gegen Erwerbsausfall. Jeder von uns macht – als Familie, als ältere Person, als Einzelperson – Erfahrungen im System der Sozialen Sicherheit, und es gibt viele Institutionen, Beratungsstellen, Dienstleister, Spitäler, Spitex, Sozialdienste etc., die mit ihren Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Alle diese professionellen Organisationen und Institutionen sind unsere Praxispartner.

Soziale Sicherheit findet vor Ort – im Dorf, in der Gemeinde, in der Stadt – statt. Dort braucht es eine Spitex, dort leben ältere Menschen, dort leben Familien mit Kindern, die Betreuungsstrukturen brauchen. Wir haben eine relativ gute Verankerung im Kanton Bern, wir arbeiten bei vielen Projekten mit sozialen Diensten zusammen, und es gibt Projekte mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Meine Hoffnung ist, dass diese Verankerung im Kanton Bern noch stärker wird, dass man uns kennt und man weiss, dass man in Fragen zur Entwicklung der Sozialen Sicherheit mit uns zusammenarbeiten kann.



Im Weiteren hoffe ich, dass wir über kurz oder lang nationale Ausstrahlung erlangen und dass wir die Erfahrungen, die wir im Kanton Bern machen, bei anderen Kantonen einbringen können. Ausserdem leben wir ja in der Bundeshauptstadt, in der sich Bundesämter befinden, die mit den Fragen zur Sozialer Sicherheit betraut sind. Eine noch bessere Verankerung beim Bundesamt für Sozialversicherungen oder beim Staatssekretariat für Wirtschaft zu erreichen, wäre für uns wichtig.

Eine weitere Zukunftsvision ist, dass wir internationale Beachtung finden. In der Schweiz haben wir ein einzigartiges System der Sozialen Sicherheit. Im Vergleich mit anderen Kantonen, aber auch mit anderen Ländern, kann man erkennen, was man selber gut macht und was vielleicht weniger gut, wo es andere, bessere Beispiele gibt. In diesem interkantonalen und internationalen Bereich hat es viel Potenzial, welches das BFH-Zentrum nutzen will.

«Das BFH-Zentrum versucht, am Puls der Zeit zu sein, aber auch Trends zu erkennen, die zukünftig politisch diskutiert werden.»

Welche Themen innerhalb des breiten Themenbereichs Soziale Sicherheit beforschen Sie aktuell?

Das BFH-Zentrum versucht, am Puls der Zeit zu sein, aber auch Trends zu erkennen, die zukünftig politisch diskutiert werden. Das Forschungsfeld «Generationenbeziehungen» beispielsweise ist politisch aktuell und wird es auch bleiben. In Fragen der Existenzsicherung oder der Versorgung im Alter kann man sich nicht nur Antworten vom Staat erhoffen, sondern es braucht zusätzlich eine Solidarität zwischen den Generationen, ein freiwilliges Engagement und ein Engagement innerhalb der Familien.

Spannend und interessant ist auch das Forschungsfeld «Arbeit, Chancengleichheit und Diversity». Die Arbeit hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert, sie ist aber auch eine Herausforderung für jeden Einzelnen. Eine Arbeitsstelle hat man nie auf sicher, man kann sie verlieren. Die Arbeitswelt unterliegt permanenter Veränderung, die persönliche Integration im Arbeitsmarkt stellt für viele Menschen eine Herausforderung dar. Die Forschung in diesem Bereich wird auch in Zukunft eine hohe Bedeutung haben und erfordert grössere Beachtung.

Speziell ist weiter das Forschungsfeld «Gesundheitliche Chancen und Lebenslagen», da die Gesundheit und die soziale Lebenssituation eng miteinander verflochten sind. Wenn man gesund ist und sich gut fühlt, ist es einfacher das Leben zu bewältigen. Und umgekehrt: Wenn im Privatleben eine Krise entsteht, ist es ein kurzer Weg in die Krankheit. Wenn soziale und gesundheitliche Probleme zusammenkommen, ist es schwer, einen Ausweg zu finden. Gesundheit und soziale Lebenslage gleichzeitig zu bearbeiten, hat viel Potenzial.

Was ist die grösste Herausforderung, die auf das BFH-Zentrum zukommt?

Eine der grössten Herausforderungen wird es sein, dass wir bei unseren Praxispartnern wahrgenommen werden, dass wir einen Leistungsausweis haben, der auf Resonanz stösst, dass unsere Praxispartner unsere Dienstleistungen wollen und diese auch akzeptiert werden. Eine weitere Herausforderung wird es sein, den Anspruch interdisziplinärer Forschung umzusetzen. Letztendlich werden wir evaluiert, das BFH-Zentrum muss seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Wir können uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern wir müssen aus dieser Chance etwas Positives entwickeln.

Woran merken Sie, dass Sie auf gutem Weg sind? Welche Hoffnungen und Erwartungen hegen Sie?

Der Kick-off-Event zog ein interessiertes Publikum an, das Feedback war durchwegs positiv. Soziale Sicherheit ist ein lebens- und praxisnahes Thema, das sich nicht in zwei bis drei Jahren erübrigen, sondern uns auch in Zukunft beschäftigen wird. Schön wäre es, wenn nächstens Anfragen von aussen an das BFH-Zentrum herangetragen würden, weil man unbedingt mit uns zusammenarbeiten möchte; wenn uns Praxispartner Projekte in Auftrag geben, wenn Medien unsere Forschenden als Expertinnen und Experten befragen und zitieren.

Ausserdem hoffe ich, dass durch die Möglichkeiten der Nutzung des BFH-Zentrums auch entsprechende Weiterbildungsangebote ins Leben gerufen werden, die für Fachpersonen der Sozialen Sicherheit unverzichtbar werden. Das Wissen, welches bei uns generiert wird, soll in die Praxis einfließen. Die Weiterbildung ist ein guter Multiplikator für Forschungsergebnisse und eine gute Austausch-Plattform um zu erfahren, wo in der Praxis der Schuh drückt. Fragen werden mit Gegenfragen konfrontiert: Das gibt uns Anregungen und Impulse für neue Projekte. ●

Wie sozial ist Sicherheit?

Anlässlich des Kick-off-Events des BFH-Zentrums sprach Peter Schneider, Psychoanalytiker, Autor und bekannter SRF3-Hausstatter, zu den Gästen. Seine Rede reflektiert Sicherheit in ihren reichen Facetten.

Prof. Dr. Peter Schneider
Psychoanalytiker und Autor

Ich möchte meine Überlegungen zur Frage des sozialen Aspekts von Sicherheit mit einem Witz einleiten, den Freud in seinem Buch über den «Witz und seine Beziehung zum Unbewussten» als Beispiel eines sogenannten Unsinnswitzes anführt, und zwar als «das stärkste und zugleich reinste Beispiel» dieses Genres:

«Itzig ist zur Artillerie assentiert worden. Er ist offenbar ein intelligenter Bursche, aber ungefügig und ohne Interesse für den Dienst. Einer seiner Vorgesetzten, der ihm wohlgesinnt ist, nimmt ihn beiseite und sagt ihm: «Itzig, du taugst nicht zu uns. Ich will dir einen Rat geben: Kauf dir eine Kanone und mach dich selbständig.»»

Freud fährt fort:

«Der Rat, über den man herzlich lachen kann, ist ein offener Unsinn. Es gibt doch keine Kanonen zu kaufen, und ein Einzelner kann sich als Wehrkraft unmöglich selbständig machen. Wodurch wird der Unsinn zum Witz? Der Offizier, welcher dem Artilleristen Itzig den unsinnigen Rat gibt, stellt sich nur dumm, um Itzig zu zeigen, wie dumm er selbst sich benimmt. Er kopiert den Itzig. Er geht auf Itzigs Dummheit ein und bringt sie ihm zur Einsicht, indem er sie zur Grundlage eines Vorschlags macht, der Itzigs Wünschen entsprechen muss, denn besäße Itzig eine eigene Kanone und betriebe das Kriegshandwerk auf eigene Rechnung, wie kämen ihm da seine Intelligenz und sein Ehrgeiz zustatten! Wie würde er die Kanone instand halten und sich mit ihrem Mechanismus vertraut machen, um die Konkurrenz mit anderen Kanonenbesitzern zu bestehen!»

Der Witz dieses Witzes beruht auf einer wesentlichen Annahme: Das Gewaltmonopol des Staates beruht gerade darauf, dass es sich nicht in eine private Geschäftsidee verwandeln lässt. Sich selber eine Kanone zu kaufen und sich damit selbständig zu machen, ist darum ein Widerspruch in sich wie ein schwarzer Schimmel.

Die Voraussetzung, die diesen Witz zu einem Paradebeispiel für einen Unsinnswitz macht, ist indessen nicht mehr so selbstverständlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Seit etwa 40 Jahren ist der Ratschlag des Offiziers an den Soldaten Itzig kein offensichtlicher Unsinn mehr. In den USA ging eine stete Truppenreduktion einher mit der zunehmenden Beschäftigung privater Sicherheitsdienstleister. Dass Private den Staat auch in staatlichen Kerngeschäften konkurrenzieren können, ist seit Reaganomics und Thatcherismus keine Absurdität mehr, sondern liberales Programm. Wo Private etwas günstiger und effizienter anbieten können als der Staat, da sollen sie das auch tun. Das gilt für die äussere ebenso wie für die innere Sicherheit. Auch hier übernehmen in steigendem Masse private Unternehmen polizeiliche Aufgaben. Zwar lenken regelmässig Skandale die Aufmerksamkeit auf die negativen Folgen solcher Privatisierung vormals staatlicher Aufgaben; doch ist eine Umkehr der Privatisierungstendenz nicht in Sicht.

Dafür ist etwas anderes in Sicht: die radikale Privatisierung unseres Sicherheitsanspruchs, z.B. im Bereich der Datensicherheit. Der Schutz, den das Fernmelde- und Postgeheimnis der Privatsphäre des Bürgers über viele Jahrzehnte gewährt hat, ist mit der elektronischen Kommunikation vollständig hinfällig geworden. Im globalen Datenverkehr sind wir privaten Hackern, kriminellen Passwortfischern, staatlicher Anti-Terror-Spionage und der undurchschaubaren Ökonomisierung unserer Daten weitgehend schutzlos ausgeliefert. Es schütze sich ein jeder selbst so gut er kann. Die staatlichen Datenschutzbeauftragten sind ungefähr so mächtig wie ein Dorfpolizist gegenüber dem organisierten Verbrechen.

Kommen wir nun aber zur «sozialen Sicherheit» in einem engeren Sinne. Dazu gehören die Sicherung der medizinischen Versorgung sowie der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit und Invalidität. Dass die kapitalistische Marktwirtschaft eine soziale zu sein hat und dass der Ausbau des Sozialstaats ein bedeutender Fortschritt ist, war viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs breiter gesellschaftlicher Konsens. Seit den 80er- und 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts indessen hat sich der Wind gedreht und die Sozialstaats-Rhetorik entscheidend geändert. Nicht mehr die Ausweitung der sozialen Absicherung im Rahmen der Möglichkeiten stand im Zentrum der Auseinandersetzung, sondern die Explosion der sozialen Kosten und die Implosion der sozialen Institutionen. Wer soll das noch bezahlen? Die immer älter werdenden Alten, die immer anspruchsvoller werdenden Kranken, die eigentlich arbeitsfähigen Invaliden und die sich rapide vermehrende Zahl der Sozialschmarotzer und Sozialflüchtlinge. Die Sozial-Party ist vorbei.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nun nicht auf die Forderungen nach mehr Ent-Staatlichung der Sozial-Institutionen zu sprechen kommen, nicht auf Sozialdektive und die Veränderungen in der Invalidenversicherung, sondern auf Tendenzen, die eine Veränderung des Sozialen bedeuten, deren weiteren Verlauf man nicht so einfach prognostizieren kann. Ich wähle dazu das Beispiel einer psychischen Erkrankung, deren stete Zunahme behauptet wird und die sich der in den Krankheitskategorien von ICD und DSM vorherrschenden, rein symptomatischen Sichtweise entzieht: Ich spreche vom Burnout. Lässt sich eine Depression rein aufgrund subjektiver Symptome als leichte, mittlere oder schwere Depression diagnostizieren und individuell behandeln (ohne eine spezifische Ätiologie zu unterstellen), so kann man vom Burnout nicht ohne Bezug auf die es verursachenden Arbeitsbedingungen sprechen: die E-Mail-Flut, die ständige Erreichbarkeit, die Verwischung von Arbeits- und Freizeit, die Forderung nach bedingungsloser Identifikation mit der Firma bei gleichzeitig gefühlter Entbehrlichkeit, der Stress permanenter Kreativität und pausenlosen lebenslänglichen Lernens – all das sind gesellschaftliche Faktoren, auf die bei der Diskussion dieser Krankheit hingewiesen wird. Die Therapie,



die geboten wird, ist nur bedingt eine individuelle. Die Menschen sollen lernen, nach Feierabend abzuschalten, in den Ferien keine Mail zu checken, sie sollen Achtsamkeit für die eigenen Bedürfnisse und Grenzen entwickeln und lernen, auch einmal Nein zu sagen. Damit einher gehen aber auch Forderungen an die Betriebe. Eindeutig begrenzte Arbeitszeiten, keine Mails mehr nach 19 Uhr, Yoga in der Mittagspause, Gymnastik vor Arbeitsbeginn – das sind die betrieblichen Massnahmen. Was einmal die Aufgabe der Gewerkschaften war – nämlich Arbeitsbedingungen auszuhandeln – wird nun über eine psychische Störung verhandelt. Und zwar mit dem Argument, dass sowohl die betrieblichen als auch die gesellschaftlichen Kosten der deregulierten Ökonomisierung der Arbeitskraft grösser sind als der erzielte Gewinn. Nachdem das Ideal des kreativen Menschen, der nicht mehr zwischen Arbeit und Freizeit unterscheiden kann, weil er sich in der Arbeit selbst verwirklicht, offenkundig mit dem Risiko des Burnouts bezahlt wird, kommt die lange verschriene entfremdete Arbeit wieder zu Ehren. Der Nine-to-Five-Job, der nun im Gegensatz zur uferlosen Arbeit bei Google und in den IT-Start-Ups neuen Sexappeal entwickelt.



Kommen wir kurz noch auf den Bereich der Sicherung der medizinischen Versorgung zu sprechen. Auch hier gilt als ausgemacht, dass es so nicht weitergehen kann wie bisher. Wie aber anders? Bis jetzt waren Vorstösse, das Solidaritätsprinzip in der Krankenversicherung – vor allem zu Ungunsten der Raucher und Trinker – nicht von Erfolg gekrönt. Doch das vorherrschende Gegenargument, dass man dann auch die Übergewichtigen stärker zu Kasse für die selbst verschuldeten Krankheiten bitten müsse, spricht nicht eben dafür, dass das Solidaritätsprinzip eine heilige Kuh darstellt, sondern eher dafür, dass man sich bislang noch nicht darauf einigen konnte, auf wessen Kosten man es schlachten soll.

Auch liberale Politiker, die einer Ausweitung der Staatsaufgaben sehr kritisch gegenüberstehen, sind mit dabei, wenn es darum geht, neue Präventionsmassnahmen zu beschliessen. Und hier, bei der Prävention und Prophylaxe eröffnet sich ein neues Feld radikaler Privatisierung, das die Privatisierung des Gesundheitswesens in wirtschaftlicher Hinsicht (etwa bei der Privatisierung von Spitälern) begleitet. Gesundheitspolitik wird dezentrale Biopolitik. Die Kinder lernen im Kindergarten, wie man sich gesund ernährt (und dabei die Eltern gleich noch miterzieht); Sexualkunde wird zum Teil des Gesundheitswissens und unsere Smartphones wachen dank Datenarmbändern über unsere Gesundheit. Schon gibt es eine App mit zugehöriger Wasserflasche, die aufleuchtet, wenn wir zu wenig trinken und es ist absehbar, dass ein Internet der Dinge uns zum richtigen Leben erzieht, indem es uns verunmöglicht ein falsches Leben im richtigen zu leben. Während das Versprechen des Marktes, uns stets die Wahrheit über den Preis von allem und jedem zu nennen, zu einem Abbau des Wohlfahrtsstaates und seiner Institutionen führt, führt der Gedanke der kostenorientierten Prävention zu einer Vervielfältigung der Selbstkontrolle, die es braucht, um möglichst ohne soziale Sicherungssysteme fit durchs Leben zu kommen.

Und ich komme meinerseits zum Schluss, und zwar in formaler wie inhaltlicher Hinsicht: Wenn Exit kürzlich beschlossen hat, aktiv propagandistisch für die Freigabe des Alters-Bilanz-Suizids bei den Ärzten zu weibeln, so hat damit eine neue gesellschaftliche Konzeption das Licht der Welt erblickt, wie wir auch ohne Erbschaftssteuer die AHV sichern und die Krankenkassenprämien stabilisieren können – durch selbstbestimmtes würdevolles Sterben, bevor man kurz vor Schluss noch höchste medizinischen Kosten in seiner Biographie verursacht. ●

Der Auftritt von Peter Schneider ist auch als Video verfügbar unter soziale-arbeit.bfh.ch/kick-off

Soziale Arbeit ist...

von Monika Pessler



Monika Pessler ist seit 2014 Direktorin des Sigmund Freud Museums in Wien.

... nicht unabdingbar in die Funktion unseres kapitalistischen Gesellschaftsmodells eingeschrieben, nicht selbstverständlicher Wirkungsfaktor unserer profanen Beziehungsaktivitäten und deshalb nicht gleichzusetzen mit dem alltäglichen Miteinander, das die Sozialität unserer westlichen Welt prägt.

Der Lauf der europäischen Geschichte hat hinlänglich bewiesen, dass die Entwicklung des Kapitalismus auch ohne Rücksicht auf unterprivilegierte Individuen und Gruppen stattfinden kann. Auch dürfen die wenigsten von uns behaupten, dass ihre üblichen Kommunikationsleistungen darauf gerichtet sind, im Hinblick auf das Gemeinwohl soziale Unebenheiten auszugleichen. Dementsprechend ist weder das soziale Bemühen in der (eigenen) Familie noch das Bemühen im beruflichen Umfeld (das vorwiegend der Produktions- und Leistungssteigerung dient) mit dem Begriff Soziale Arbeit gut und zutreffend beschrieben.

Soziale Arbeit als eine Unternehmung zu bewerben, die allerorts und von jedermann bewältigt werden würde, erweist sich bei näherer Betrachtung als kontraproduktiv: Denn die Beseitigung der signifikanten Unterschiede zwischen unserem herkömmlichen Sozialverhalten und der Setzung sozial-politischer Massnahmen, läuft Gefahr, das grundsätzliche Wesen Sozialer Arbeit zu unterschlagen.

So sind zum Beispiel Missstände wie Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung zwar Bestandteil unseres Milieus, zählen jedoch (noch) nicht zu seinen vorherrschenden Parametern. Im Gegensatz zu anderen Schauplätzen dieser Welt setzt sich unser sozialpolitischer Leistungskatalog die Wahrung und nicht die (Neu-)Konstruktion der Gesellschaftsordnung zum Ziel. Soziale Arbeit in unseren Breiten ist, auch wenn sie uns alle betrifft, in erster Linie dem Versuch geschuldet, die Betroffenheit aller zu vermeiden. Soziale Arbeit bedarf

also verstärkt der Schärfung ihres Profils, um den Aktionsradius ihres Tätigkeitfelds ausloten zu können – und nicht der Nivellierung allen sozialen Tuns.

Denken wir nur an die aktuellen Flüchtlingskatastrophen, die für uns zunehmend eine Herausforderung darstellen, so wird die zukünftige Notwendigkeit, soziale Wirklichkeiten anderer in unser eigenes System zu integrieren, evident. Auch dahingehend scheint die Gleichschaltung von jedweder sozialen Aktivität die Bedeutung Sozialer Arbeit zu verunklären.

Stellt man die Behauptung auf, Soziale Arbeit sei in all unsere gegenwärtigen Daseinsbereiche integriert und noch dazu allgemein gelebte Praxis, so scheint damit vor allem jenem Legitimationsdruck entsprochen, dem sich die heutige Bildungs- und Sozialpolitik offenkundig ausgesetzt sieht.

Nicht zuletzt diese Glosse eines einschlägigen Fachmagazins, das Sie jetzt in Händen halten und welches unterschiedliche Kommentare zum Thema «Soziale Arbeit ist ...» versammelt, nährt die Vorstellung, Soziale Arbeit sei alles. Die Kommentare von Expertinnen und Experten aus diversen Disziplinen bestätigen diese Einschätzung mehrheitlich. Denn allein schon die Anfrage der Redaktion ehrt einen und man fühlt sich erfreut und auch bemüsst, festzustellen was Soziale Arbeit ist. Zudem bietet sich so auch die Gelegenheit, das eigene Denken und Handeln mit der grossen Erzählung Soziale Arbeit in Verbindung zu bringen bzw. an dieser (zumindest ein wenig) teilzuhaben.

Für jene, die sich der Sozialen Arbeit tatsächlich verschreiben, die an ihrer Praxis- und Theoriebildung sowie Lehre mitwirken, mag die Einbeziehung zahlreicher Perspektiven einerseits hilfreich sein. Andererseits kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass die Unternehmung Soziale Arbeit in Zukunft ebenso darauf angewiesen sein wird, sich von derartigen Beitragsleistungen abzugrenzen – ja, zu befreien – um sich selbst näher und auf die Spur zu kommen.

Von «SozBern» zu «Alumni BFH Soziale Arbeit»



Catrina Dummermuth
Kommunikation
catrina.dummermuth@bfh.ch

SozBern, der Verein Bildungsstätte für Soziale Arbeit, heisst neu Alumni BFH Soziale Arbeit. Die Ziele des Vereins bleiben die gleichen: die Vernetzung seiner Mitglieder und die Pflege eines regen Austausches mit der Ausbildungsstätte, dem Fachbereich Soziale Arbeit.

Der Verein SozBern, vor bald zehn Jahren hervorgegangen aus dem ehemaligen Trägerverein der Schule für Sozialarbeit «Soz» am Falkenplatz, tritt neu unter dem Namen «Alumni BFH Soziale Arbeit» auf. Mit der neuen Bezeichnung und dem neuen Logo gleiche sich der Verein «optisch und semantisch» den übrigen Alumni-Vereinen der BFH an, sagt Andrea Lüthi, Co-Präsidentin des Vereins.

Vernetzung und Weiterbildung

Die Aufgaben und Ziele des Vereins verändert dieser Schritt jedoch nicht. In erster Linie gehe es um die Vernetzung der ehemaligen Studierenden der Sozialen Arbeit, um die Stärkung der Berufsidentität und die Verbundenheit mit dem Fachbereich Soziale Arbeit, sagt Co-Präsident Randolph Page. In einer Zeit, in der die Soziale Arbeit von Seiten der Politik oder der Medien immer wieder unter Beschuss stehe, sei die gegenseitige Stärkung besonders wichtig.

Mit seinen vielfältigen Veranstaltungen greift der Verein aktuelle Themen aus der Sozialen Arbeit auf und bietet seinen Mitgliedern die Gelegenheit zur persönlichen Weiterbildung, zur Kontaktpflege und zum Erfahrungsaustausch mit Berufskolleginnen und -kollegen.

«Freiräume» oder «Social Entrepreneurship»

2014 waren Freiräume das Thema. Referenten waren unter anderen der Zürcher Soziologe Ueli Mäder sowie der Architekt und Stadtwanderer Benedikt Loderer. In diesem Jahr sprach beispielsweise Zukunftsforscher Georges T. Roos über die Megatrends der Gesellschaft.

Im Oktober 2015 geht es um Social Entrepreneurship und im November steht ein Gespräch über Herausforderungen und Nutzen der sozialen Wirtschaft auf dem Programm. Auch der Kontakt zum Fachbereich wird weiterhin gepflegt. Damit unterstützt der Verein die stete Weiterentwicklung des Fachbereichs. ●



Randolph Page, Co-Präsident Alumni BFH Soziale Arbeit



Andrea Lüthi, Co-Präsidentin Alumni BFH Soziale Arbeit

Vereinsmitglied werden

Werden Sie Mitglied des Vereins Alumni BFH Soziale Arbeit!

Einzelmitglied werden können

- ehemalige und gegenwärtige Studierende des Fachbereichs Soziale Arbeit bzw. deren Vorgängerinstitutionen
- Mitarbeitende und ehemalige Mitarbeitende des Fachbereichs
- Personen, die zur Sozialen Arbeit / dem Fachbereich Soziale Arbeit einen besonderen Bezug haben.

Kollektivmitglieder werden können Gemeinden und Institutionen.

Als Mitglied werden Sie an die Veranstaltungen des Vereins eingeladen. Sie erhalten das Magazin «impuls» kostenlos zugeschickt. Zudem profitieren Sie – auch dank der Mitgliedschaft des Vereins beim Dachverband Alumni BFH – von verschiedenen Vergünstigungen, zum Beispiel für Sprachkurse. Der Dachverband bietet ausserdem selbst Kurse an und betreibt die Jobplattform Business2School. Der Jahresbeitrag beträgt CHF 50.–.

Ihre Mitgliedschaft beantragen Sie auf der Website des Vereins:
www.alumni-sozialearbeit.bfh.ch

Alumni BFH

Soziale Arbeit

Edition Soziothek

In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Soziale Arbeit betreibt der Verein Alumni BHF Soziale Arbeit einen Verlag. Die Edition Soziothek versteht sich als Plattform für den Wissensaustausch zwischen den Hochschulen und der Berufspraxis. Das Wissen, das an den Hochschulen erarbeitet wird oder im Berufsalltag entsteht, soll für ein interessiertes Fachpublikum nutzbar gemacht werden. Demzufolge wird auf soziothek.ch so genannte «graue Literatur» (Publikationen, die nicht über den Buchhandel vertrieben werden) publiziert wie Forschungsberichte von öffentlichen oder privaten Stellen, herausragende Abschlussarbeiten oder Studien aus dem Praxisalltag.

Breites Themenspektrum

Die Themen der Publikationen sind sehr vielfältig. Sie reichen von der Beziehungsgestaltung im Beratungsprozess über theoretische Überlegungen zum Begriff Autonomie in der Sozialen Arbeit und über die mobile Altersarbeit bis hin zur Burn-out-Prävention auf öffentlichen Sozialdiensten.

Ausgezeichnete Abschlussarbeiten

Bei den in der Edition Soziothek publizierten Abschlussarbeiten handelt es sich vor allem um Bachelor-Thesen des Fachbereichs Soziale Arbeit und der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit sowie um Master-Thesen aus dem Masterstudiengang, der von den vier Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich angeboten wird.

Insbesondere werden jene Abschlussarbeiten der BFH in die Edition Soziothek aufgenommen, welche von Alumni BFH Soziale Arbeit jedes Semester ausgezeichnet werden. Im Herbstsemester 2014/2015 waren dies

- die Bachelor-Thesis «ASYL?! – NEIN, DANKE! Ein Vorschlag zu einer möglichen Alternative» von Laura Manso sowie
- die Master-Thesis «Über den Nutzen von Spitalsozialarbeit bei Epilepsie. Ein Panorama aus der Sicht Betroffener» von Thomas Friedli.

Einen Überblick über alle ausgezeichneten Arbeiten erhalten Sie auf der Website des Alumni-Vereins:
www.alumni-sozialearbeit.bfh.ch

Publizieren

Wenn Sie Ihren Forschungsbericht, Ihre Studie, Ihre Abschlussarbeit einem breiten Publikum zugänglich machen möchten, dann nehmen Sie Kontakt auf mit der Edition Soziothek: verlag@soziothek.ch



Praxiserfahrungen und Theoriewissen als zwei Seiten der gleichen Medaille



Maria Lang ist Studentin der Sozialen Arbeit an der BFH. Derzeit ist sie im zweiten Praxismodul.



Prof. Dr. Rahel Müller de Menezes ist Dozentin an der BFH und Modulverantwortliche für die Fallwerkstatt.

Interview

Caroline Pulver
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
caroline.pulver@bfh.ch

Die Theorie aus dem Studium in die Praxis zu transferieren; das ist eine der Hauptaufgaben, welche die Studierenden in der Praxisausbildung meistern müssen. Unterstützung dabei bieten nicht nur die Praxisorganisationen selbst. Die Studierenden können auch auf begleitende Module an der Hochschule zurückgreifen. Das Gespräch mit der Studentin Maria Lang und der Dozentin Rahel Müller de Menezes zeigt, dass sich Praxis und Hochschule zur Bewältigung dieser Aufgabe gut ergänzen.

Frau Lang, wo haben Sie Ihr erstes Praxismodul absolviert und wo machen Sie aktuell das zweite?

Maria Lang: Mein erstes Praxismodul absolvierte ich im kirchlichen Gemeinschaftszentrum in Wittigkofen/Bern. Dort lernte ich den Bereich der Soziokulturellen Animation und im spezifischen die Gemeinwesenarbeit kennen, obschon mein Interesse eigentlich immer der gesetzlichen Sozialarbeit galt. Das zweite Praxismodul absolviere ich deshalb auf dem polyvalenten Regionalsozialdienst Oberes Emmental. Das ist ein Gemeindeverbund von acht Gemeinden rund um Langnau. Es war schon zu Beginn des Studiums mein Ziel, einmal einen Sozialdienst kennen zu lernen. Mir war immer klar, dass mir die Abwechslung zwischen Klienten- und Büroarbeit Spass machen würde. Aus diesem Grund vermutete ich, dass die Arbeit auf einem Sozialdienst zu mir

passen könnte. Vor dem Praxismodul habe ich die Module «Sozialhilfe», «Kindes- und Erwachsenenschutz» und «Recht: Vertiefung» besucht. Deshalb war ich sehr gut auf die Tätigkeit vorbereitet. Ich habe mich dann auch sehr auf mein zweites Praxismodul gefreut.

«Damit die in der Praxis gemachten Erfahrungen nicht isoliert und losgelöst vom Ausbildungskontext sind, ist es wichtig, dass es Schnittpunkte mit der Hochschule gibt.»

Rahel Müller de Menezes

Praxisbegleitende Module

Begleitend zum ersten Praxismodul besuchen die Studierenden das Modul «Theorie-Praxis-Werkstatt» und analog dazu im zweiten Praxiseinsatz das Modul «Fallwerkstatt». Beide Module haben zum Ziel, den Studierenden Raum zu geben, um sich aus nötiger Distanz mit den gemachten Praxiserfahrungen kritisch auseinanderzusetzen. So können die Erfahrungen im Feld mit dem erlernten Theoriewissen aus den vorangehenden Semestern in Verbindung gebracht, und der Theorie-Praxis-Transfer unterstützt werden.

Frau Müller, Sie haben die Modulverantwortung über die Fallwerkstatt, welche begleitend zum zweiten Praxismodul besucht werden muss. Was ist die Grundidee der Begleitseminare zur Praxisausbildung?

Rahel Müller de Menezes: Ziel des Studiums ist, dass die Studierenden professionelle Handlungskompetenzen und eine professionelle Identität entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, bieten wir eine breite Palette an Lehrveranstaltungen an, in denen es darum geht, das nötige Wissen zu erwerben. Das In-der-Praxis-tätig-Sein ist ein weiterer wichtiger Teil, um dieses Ziel zu erreichen. Nur so können die Studierenden Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Klientinnen und Klienten sowie Organisationen sammeln. Damit die in der Praxis gemachten Erfahrungen nicht isoliert und losgelöst vom Ausbildungskontext sind, ist es wichtig, dass es Schnittpunkte mit der Hochschule gibt, bei denen die Studierenden ihre Fragen einbringen sowie ihre Erfahrungen kritisch reflektieren können. Auf der einen Seite tragen die Studierenden ihre Erfahrungen zurück an die Hochschule, auf der anderen Seite wer-

den die bisher erarbeiteten Theorien und Handlungsmodelle kritisch hinterfragt und in Verbindung zu Praxiserfahrungen gebracht. Der Grundgedanke der Begleitmodule zur Praxisausbildung ist, den Kontakt zwischen den beiden Feldern Praxis und Hochschule herzustellen und damit den Theorie-Praxis-Transfer zu fördern.

Der Theorie-Praxis-Transfer wurde auch von den Praxisausbilderinnen bei der Unterstützung der Studierenden als herausfordernder, wichtiger Bestandteil genannt (vgl. «impuls»-Ausgabe 2/2015, Anm. d. Red.). Die befragten Praxisausbilderinnen möchten der Hochschule aber trotz allem in der Praxisausbildung eher eine Hintergrundrolle zubilligen. Steht das nicht im Widerspruch zur Grundidee der Begleitseminare, die den Theorie-Praxis-Transfer aktiv unterstützen möchten?

Müller de Menezes: Die Studierenden lernen in der Praxis, welches die etablierten Routinen und Handlungsmodelle sind, die zur Anwendung kommen. Im Praxisfeld geht es für die Studierenden aber auch darum, sich in den Organisationen zu bewähren, sich an die vorgegebenen Strukturen, Routinen und Abläufe anzupassen. Die Fachhochschule hat eine andere Perspektive. Wir stellen die Theorien und Interventionskonzepte in den Mittelpunkt und geben den Studierenden während ihrer Praxisausbildung den Raum, sich kritisch mit den Selbstverständlichkeiten, die sie in den Organisationen antreffen, auseinanderzusetzen. Gleichzeitig versuchen wir anzuregen, dass sich die Studierenden kritisch mit bekannten theoretischen und methodischen Konzepten und deren Anwendbarkeit in der Praxis befassen.

Wissen gibt es in beiden Feldern. Die verschiedenen Wissensformen ergänzen sich und sollen von den Studierenden produktiv genutzt werden. Personen, die nicht selber im Feld arbeiten, bringen eine andere Perspektive mit und sind weniger anfällig für blinde Flecken, die innerhalb von Organisationen entstehen können. Die Studierenden können von beiden Perspektiven profitieren.

«Wir geben den Studierenden während ihrer Praxisausbildung den Raum, sich kritisch mit den Selbstverständlichkeiten, die sie in den Organisationen antreffen, auseinanderzusetzen.»

Rahel Müller de Menezes

Frau Lang, nun da Sie die Ausführungen von Frau Müller gehört haben, würde mich interessieren, welche Erfahrungen Sie als Studentin in den Begleitseminaren gemacht haben?

Lang: Ich sehe es ähnlich wie Frau Müller. Ich erlebe es immer als eine Art Ruhe- und Schutzraum von der teilweise hektischen Praxis. Man kommt zusammen und kann sich darüber Gedanken machen, was in der Praxistätigkeit geschieht. Teilweise fehlt in der Praxis die Zeit dazu. Hier erhält man noch einmal die Gelegenheit, etwas kritisch zu hinterfragen. Ich erlebe das Begleitseminar als sehr positiv.





Wie lässt sich der Austausch, den Ihnen die Praxisausbildenden bieten, vom Ruheraum der Begleitseminare unterscheiden?

Lang: Das ist nicht ganz einfach zu sagen. Der Austausch mit den Praxisausbildenden erfolgt im kleineren Rahmen. Der Organisationskontext ist für beide gleich. Am Begleitseminar kommt man hingegen mit Studierenden in Kontakt, die teilweise in einer ähnlichen Institution arbeiten, welche aber anders organisiert ist. Der Blick an der Hochschule ist damit weiter als der in der Praxis. Die Themen, die besprochen werden sind ähnlich, zumindest ist das bei mir der Fall. Einige Themen, die wir in der Fallwerkstatt besprechen, trage ich auch wieder in die Organisation zurück, indem ich sie noch einmal mit meinem Praxisausbildner bespreche, was für ihn spannend ist.

Müller de Menezes: Was Frau Lang sagt, ist wichtig: Es geht in den Begleitseminaren letztlich um eine Entlastung vom Handlungsdruck. Man ist nicht involviert und muss nicht unmittelbar handeln. In diesem Sinne handelt es sich bei den Begleitseminaren eben wirklich um eine Ergänzung und nicht um eine Konkurrenz zum Theorie-Praxis-Transfer, der in den Praxisorganisationen stattfindet – mit entsprechend anderen Rahmenbedingungen.

Frau Müller, welche Erfahrungen haben Sie in der Ausbildung von Studierenden in Bezug auf die Organisation und den Aufwand der Begleitseminare gemacht? Welche Rückmeldungen haben Sie seitens der Studierenden erhalten?

«Ich bin ein praktisch veranlagter Mensch. Ich lerne, indem ich etwas mache.»

Maria Lang

Müller de Menezes: Lernprozesse sind immer mit einem gewissen Aufwand verbunden. Es stellt sich die Frage, was die Studierenden für sich mitnehmen können. Beide Begleitseminare sind so konzipiert, dass die Studierenden ihre eigenen Fragen einbringen. Aufgrund der persönlichen Betroffenheit ist die Motivation in der Regel hoch. Meistens gelingt es auch, die Fragen der Studierenden so zu bearbeiten, dass für sie etwas Konkretes dabei herauskommt. Das sieht man auch in den Kompetenznachweisen, die für das Modul abgelegt werden. Daran erkennt man, dass ein Fall auf eine andere Weise angeschaut, dass der Blick für organisationale und gesellschaftliche Themen geschärft wurde oder dass das Handeln anders begründet werden konnte. Zwar ist die Dokumentation eines Falles aufwändig, meistens ist das aber bereits der erste Schritt, um in der Bearbeitung der aufgeworfenen Fragen weiterzukommen. Häufig gelingt es, neue Erkenntnisse und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den Fall zu gewinnen. Und wenn man im Begleitseminar so weit kommt, fallen auch die Feedbacks entsprechend positiv aus. Wenn die Studierenden das Gefühl haben, sie würden nur etwas für die Dozentin produzieren, funktioniert es nicht.

Lang: Für mich stimmen Aufwand und Ertrag gut überein in den Begleitmodulen.

Wie sieht der Ablauf einer typischen Fallwerkstatt aus?

Müller de Menezes: Ein oder zwei Studierende bringen gemeinsam einen Fall aus der Praxis ins Modul mit. Zu diesem Fall gehören auch die wichtigsten Dokumente, welche natürlich je nach Fall und Frage variieren; eine Fallbeschreibung, ein Interview, ein Beobachtungsprotokoll oder Dokumente aus der Organisation. Diese Dokumente werden in der Fallwerkstatt gemeinsam im Hinblick auf die Fragestellung analysiert, um theoretische Modelle beizuziehen, die klärend zum Verständnis des Falles sind. In einem weiteren Schritt geht es darum, Handlungsstrategien abzuleiten, was in Form von Plenumsdiskussionen geschieht. Das ist spannend, weil alle Studierenden eine andere Sichtweise, andere theoretische Hintergründe und andere Praxiserfahrungen mitbringen. Gemeinsam werden in einem Brainstorming Handlungsstrategien entwickelt. Der nächste Schritt, die Ideen in der Praxis zu erproben, geschieht nicht mehr in der Fallwerkstatt. Bei uns geht es darum, Ideen zu sammeln. Die Fallwerkstatt lebt vom Austausch und vom Engagement der Studierenden. Sie bietet auch Gelegenheit voneinander zu lernen. Manchmal ist es fast einfacher am Beispiel einer anderen Person zu lernen als am eigenen, bei dem man befangen und betroffen ist.

Frau Lang, welche Fälle konnten Sie während Ihrer Praxisausbildung in dieser Form kennen lernen?

Lang: Viele verschiedene Fälle, darunter einige Fallangaben aus Sozialdiensten. Meine Kollegin und ich haben zum Beispiel das Intake-Verfahren unserer beiden Sozialdienste verglichen. Es hat mir viel gebracht, einmal einen Fall zu analysieren, der kein Klienten- oder Klientinnenfall war, ein Organisationsmerkmal von einer ganz anderen Seite zu betrachten.

Müller de Menezes: Alle Fragen, die die Studierenden bewegen, können als Fall eingebracht werden.

Abschliessend würde mich interessieren, wie Sie als Studentin grundsätzlich zur Praxisausbildung der Sozialen Arbeit stehen?

Lang: Ich finde sie wichtig. Ich bin ein praktisch veranlagter Mensch. Ich lerne, indem ich etwas mache. Ich habe oft Hemmungen, wenn ich etwas nur theoretisch kennengelernt habe. Dann stehe ich vor einem Problem, sollte etwas machen und kann nicht. Wenn ich etwas einmal praktisch angegangen bin, habe ich den Mut weiterzumachen und neue Dinge zu lernen. Ich interessiere mich vor allem dann für theoretische Inhalte, wenn ich in der Praxis stehe. Die wichtigsten Lernschritte mache ich in der Praxis. Gerade bei einem praktischen Beruf wie der Sozialen Arbeit scheint mir die Praxisausbildung unabdingbar. Meinetwegen könnte man sie sogar noch ausbauen. Während der Praxisausbildung konnte ich herausfinden, wie ich in einem bestimmten Bereich der Praxis zurechtkomme und wie dieser zu mir passt. Auch eine eigene Berufsidentität zu entwickeln, gehört für mich zur Praxisausbildung. Diese Auseinandersetzung gibt einem auch die Motivation weiterzumachen.

Müller de Menezes: Frau Lang hat das treffend formuliert. Das ist ein zentraler Teil der Ausbildung: Es geht nicht nur darum, Wissen zu erwerben, sondern auch darum, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen zu entwickeln. Das muss in der konkreten Auseinandersetzung in der Praxis erfolgen, deshalb darf dieser Teil nicht fehlen. Und es ist ebenfalls wichtig, dass die Rückbindung der Praxisausbildung an die Hochschule gelingt.

«Man kann noch so viel wissen – und dann hat man einen Menschen vor sich und versteht gar nichts.»

Maria Lang

Was sind in Zukunft die grössten Herausforderungen für die Praxisausbildung?

Lang: Die relevante Frage ist, wie verändert sich das Berufsbild in Zukunft? Wenn sich die Stimmen durchsetzen, die in der Ausbildung noch mehr Theorie verlangen, wird sich das auf das Berufsfeld Soziale Arbeit insgesamt auswirken. Ich hoffe nicht, dass noch mehr Theorie gelehrt wird, ich tendiere zu mehr Praxisausbildung. Je kopflastiger die Studierenden und zukünftigen Sozialarbeitenden sind, desto weiter entfernen sie sich von den Klientinnen und Klienten. Man kann noch so viel wissen – und dann hat man einen Menschen vor sich und versteht gar nichts. Als Sozialarbeiterin, als Sozialarbeiter, braucht es auch ein gewisses Talent. Eine weitere Herausforderung ist sicher die steigende Studierendenzahl. Es wird mehr Plätze brauchen, auch in den Begleitseminaren, was nicht optimal ist.

Müller de Menezes: In der Ausbildung ist es wichtig, das wissenschaftliche Wissen, welches wir vermitteln, nicht gegen das Wissen und die Erfahrung im Feld auszuspielen. Das sind für mich zwei Dinge, die sich ergänzen. Sie, Frau Lang, haben sehr schön beschrieben, wie Sie in der Praxis auf die Wissensbestände der Hochschule zurückgreifen. Nämlich dann, wenn Sie konkreten Bedarf haben. Es gibt Sicherheit, wenn Wissen vorhanden ist auf das man sich beziehen kann. Und ich bin ebenfalls der Meinung, dass es angesichts zunehmender Studierendenzahlen und knapper werdender Finanzen eine Herausforderung ist, die Praxisausbildungsplätze zu erhalten oder sogar noch auszubauen. Ich hoffe, die Organisationen sind weiterhin bereit, ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen. ●

In vier «impuls»- und drei Newsletter-Ausgaben wurde die Praxisausbildung nun von verschiedenen Seiten betrachtet. Der letzte Teil der Artikelserie wird im Oktober-Newsletter publiziert werden.

Die Beiträge werden gesammelt auch in Form einer Broschüre zur Verfügung gestellt werden. Sie können sie bereits jetzt vorbestellen unter: kommunikation.soziale-arbeit@bfh.ch.

Verpassen Sie unseren Newsletter nicht: Abonnieren Sie ihn unter soziale-arbeit.bfh.ch/newsletter.

Neue Mitarbeitende



Dominik Bodmer

Was ich mag: Snowboarden und Snowboard-Touren, Reisen, Trekking, Abenteuer, FC Basel, Squash, italienische Küche, lösungsorientiertes Denken und Handeln

Was ich nicht mag: Rohe Tomaten, Rhabarber, Sturheit, klassische Musik

Im Mai 2015 hat Dominik Bodmer seine Arbeit am Fachbereich Soziale Arbeit aufgenommen. Er arbeitet in Forschungsprojekten und ist Mitarbeiter der Abteilung Master. In den letzten Jahren war er in der stationären Jugendhilfe tätig, zuletzt im Schulheim Schillingsrain für verhaltensauffällige männliche Jugendliche in Liestal. Hier arbeitete er in den Bereichen Erlebnispädagogik, Prävention und Krisenintervention. Parallel zu dieser Tätigkeit studierte Dominik Bodmer Soziale Arbeit an der FHNW. Während des Masterstudiums entwickelte er im Rahmen des Projektpraktikums das Time-Out-Programm des Schulheims Schillingsrain. Die Evaluation dieses Angebots ist Gegenstand seiner Master-Thesis. Das Studium schloss er im Frühling erfolgreich ab.



Margret Brand

Was ich mag: Menschen mit Humor, Berge, Pflanzen, gute Gespräche, Rotwein, Shiatsu, Bücher ... und überhaupt fast alles aus Papier

Was ich nicht mag: Blattläuse, (Morgen-)Muffel, Menschenmengen, Hitzköpfe und kalte Füsse

Seit Anfang März 2015 ist das Bibliotheksteam mit Margret Brand wieder komplett. Nach einer Erstausbildung zur Primarlehrerin und Unterrichtstätigkeit an einer Gesamtschule arbeitete sie während mehr als 30 Jahren als Bibliothekarin in den Kornhausbibliotheken Bern. Vor einigen Jahren liess sie sich berufs begleitend zur Shiatsu-Therapeutin und Taiji-Lehrerin ausbilden und findet darin die ideale Ergänzung zur bibliothekarischen Arbeit.



Fabienne Friedli

Was ich mag: Sonne, Berge und Gewässer; Fragen, die mich zum Nachdenken bringen; Mut

Was ich nicht mag: Düstere, kalte, regnerische Tage; Fragen, die keine sind – sondern nur tun als ob; Ohnmacht

Fabienne Friedli arbeitet seit März 2015 als wissenschaftliche Assistentin im Bachelorstudiengang am Fachbereich Soziale Arbeit. Sie arbeitet an den Zulassungen und in der Lehre mit, ist Praxisbegleiterin und betreut Studienarbeiten. Fabienne Friedli ist Studentin im Master in Sozialer Arbeit an der BFH. Die letzten Jahre hat Fabienne Friedli das Motivationssemester in Thun geleitet.



Sonja Imoberdorf

Was ich mag: Neue Wege gehen, Glücksmomente im Alltag, echte Begegnungen, Berggipfel, Kürbis, Edelsteine

Was ich nicht mag: Frieren, Vorurteile, Lästern, platte Rennveloreifen, TMI (too much information)

Sonja Imoberdorf arbeitet seit Mai 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Soziale Arbeit. Als Agronomin FH war sie unter anderem in der landwirtschaftlichen Grundbildung tätig. Das Masterstudium in Sozialer Arbeit absolvierte sie berufsbegleitend zu ihrer Tätigkeit als Sozialarbeiterin FH auf einem polyvalenten Sozialdienst.



Mirjam Schmidli

Was ich mag: In der Sonne sitzen, Schwimmen im Fluss, Velofahren

Was ich nicht mag: Dauerregen (beim Camping), Hochnebel, Littering

Mirjam Schmidli arbeitet seit März 2015 am Fachbereich Soziale Arbeit. Die studierte Ökonomin ist zuständig für die Finanzen und das Qualitätsmanagement. Mirjam Schmidli konnte sich im Erziehungsdepartement Basel-Stadt und in der Gemeinde Münchenstein mit den Themen Bildung, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie Alter und Gesundheit vertieft auseinandersetzen.


Oliver Slappnig

Was ich mag: Wenn's läuft, den schönen Schein, meine Familie, kaltes Bier

Was ich nicht mag: Stop-and-go, die unerbittliche Zeit, nächtliche Wadenkrämpfe

Oliver Slappnig arbeitet seit März 2015 im Kommunikationsteam des Fachbereichs Soziale Arbeit. Nach dem Vorkurs an der Schule für Gestaltung in Bern absolvierte er eine Berufslehre als Grafiker in einer Bieler Werbeagentur. Danach arbeitete er in einigen Berner Werbeagenturen, zuletzt als Art Director bei Contexta. Die letzten zwanzig Jahre war er selbständig tätig.


Madlaina Stauffer

Was ich mag: Draussen sein, Kaffee trinken, schöne Gärten und Balkonbepflanzungen

Was ich nicht mag: Platte Fahrradreifen, Hunger haben, Auto fahren

Madlaina Stauffer ist seit März 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Soziale Arbeit. Neben dieser Tätigkeit arbeitet sie in einem Ganztageskindergarten/Hort. Sie studierte an der Universität Zürich und an der Università degli Studi Padova Psychologie und arbeitete während vier Jahren im Florhof, einer Institution, die Kriseninterventionen für Schulpflichtige anbietet.


Esther Wermuth

Was ich mag: Schwimmen in der Aare, Reisen, Bücher, tiefsinnige Gespräche, humorvolle Menschen, Lindy hop, Jassen

Was ich nicht mag: Ignoranz, graue Tage, Meeresfrüchte (leider)

Esther Wermuth ist seit März 2015 Dozentin und Studienleiterin am Fachbereich Soziale Arbeit. Ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Mediation und Konfliktmanagement. Nach dem Studium in Sozialer Arbeit und mehreren Jahren Praxiserfahrung in einem polyvalenten Sozialdienst und im Strafvollzug hat sie während rund zehn Jahren als Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern gearbeitet. Parallel hat sie einen MAS in Sozialer Arbeit – Schwerpunkt Beratung abgeschlossen.

Master in Sozialer Arbeit

Qualifizieren Sie sich für anspruchsvolle Aufgaben in Praxis, Forschung und Lehre. Der Master in Sozialer Arbeit bietet neue Perspektiven für Fachleute der Sozialen Arbeit. Besuchen Sie unsere Infoveranstaltung in Bern:

28. September 2015, 12.00 bis 13.00 Uhr und 18.15 bis 19.15 Uhr
3. November 2015, 12.00 bis 13.00 Uhr und 18.15 bis 19.15 Uhr
30. November 2015, 12.00 bis 13.00 Uhr und 18.15 bis 19.15 Uhr
17. Dezember 2015, 12.00 bis 13.00 Uhr und 18.15 bis 19.15 Uhr

www.masterinsozialerarbeit.ch

MASTER

IN

SOZIALER

ARBEIT

BERN | LUZERN
ST. GALLEN | ZÜRICH

Newsletter

Verkürzen Sie sich die Zeit zwischen den «impuls»-Ausgaben: Abonnieren Sie unseren Newsletter. Der viermal jährlich erscheinende Newsdienst richtet sich an alle thematisch Interessierten, an ehemalige und aktive Studierende, an Medienschaffende und Praxispartner. Unter soziale-arbeit.bfh.ch/newsletter können Sie in den letzten Ausgaben schmökern.

Vielseitige Bibliothek

Die Bibliothek im Fachbereich Soziale Arbeit ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Das Angebot umfasst Bücher, DVDs, Zeitschriften, Datenbanken, E-Journals und E-Books. Die Bibliothek ist öffentlich. Wir freuen uns über Ihren Besuch.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 9.30 bis 17.30 Uhr
Hallerstrasse 8, 3012 Bern
soziale-arbeit.bfh.ch/bibliothek

«Keine Daheimnisse!» – ein Projekt gegen Körperstrafen in der Erziehung

In der Schweiz ist es Eltern nicht explizit verboten, ihre Kinder zu schlagen. Laut der Uno-Kinderrechtskonvention haben Kinder aber ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Eine Evaluation der BFH zeigt, dass das Programm «Keine Daheimnisse!» Kinder und Jugendliche für ihr Recht sensibilisiert und sie unterstützt, bei Bedarf Hilfe zu holen.



Christoph Urwyler
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
christoph.urwyler@bfh.ch



Sanna Frischknecht
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
sanna.frischknecht@bfh.ch



Prof. Dr. Peter Neuenschwander
Dozent
peter.neuenschwander@bfh.ch

Trotz internationaler Verpflichtungen aufgrund der von der Schweiz mitunterzeichneten Uno-Kinderrechtskonvention sowie bestehender Modelle in anderen europäischen Ländern (z.B. Deutschland oder Schweden) gibt es in der Schweiz keine gesetzlichen Vorschriften, welche die Anwendung von Gewalt an Kindern zu Erziehungszwecken ausdrücklich verbieten. Bislang existieren nur wenige Studien, die die Einstellung der Eltern zu erzieherischen Körperstrafen und deren Anwendung beleuchten.

Die vorliegenden Befunde fallen allerdings deutlich aus: Gemäss einer im Jahr 2007 durchgeführten repräsentativen Erhebung bei 1100 Personen aus der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz drückten 68 Prozent der Befragten ihr Einverständnis mit der Anwendung körperlicher Gewalt gegen Kinder (Klaps auf den Hintern und Ohrfeigen) aus. Eine Studie der Universität Freiburg hielt fest, dass in der Schweiz fast 40 Prozent aller ein- bis vierjährigen Kinder wöchentlich auf irgendeine Weise körperlich bestraft werden (Schöbi & Perrez 2005).

Erhebe deine Stimme gegen Körperstrafen!

Wie können Kinder und Jugendliche vor Körperstrafen in der Erziehung besser geschützt werden? Das vom National Coalition Building Institute Schweiz (NCBI) entwickelte Projekt «Keine Daheimnisse! Erhebe deine Stimme gegen Körperstrafen und hole Hilfe!» setzt in erster Linie bei den Gewaltbetroffenen selber an.

«Für mich war es im Workshop wichtig zu sehen, wo die Grenzen sind. Ob ein «Chlapf» strafbar ist oder nicht.»

Schüler

Es will Kinder und Jugendliche darin unterstützen, sich mit Körperstrafen auseinanderzusetzen, und so ihre Selbstbehauptungskompetenz stärken. Das Projekt will aber nicht nur die Opfer ansprechen, sondern auch deren Bekannte und Freunde, die zwar oft wissend, aber häufig hilflos sind. Diese sollen sich selbst an Fachpersonen wenden oder Betroffene dazu ermutigen, Hilfe zu holen.



Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren

NCBI Schweiz führt das Projekt in Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendgruppen aus der offenen, verbandlichen oder kirchlichen Jugendarbeit, Schulen oder Heimen durch. Als Start ins Projekt wird mit der lokalen Projektleitung (z.B. Lehrperson oder Schulsozialarbeitende) ein halbtägiger Workshop zum Thema Körperstrafen gestaltet. Dort werden mit den Kindern und Jugendlichen ihr Verständnis und ihre Erfahrungen betreffend Strafen diskutiert. Ausserdem werden ihnen die Kinderrechte und die aktuelle Gesetzessituation altersgemäss erklärt.

Nach dem Workshop bereiten die Kinder und Jugendlichen mit Unterstützung einer Lehrperson und der Schulsozialarbeit gruppenweise einen lokalen Anlass vor, damit auch andere Kinder, Jugendliche und Erwachsene (inklusive Eltern) einbezogen werden. Wahlweise führen sie Interviews mit Gleichaltrigen, Familienmitgliedern und Fachpersonen durch, bereiten Theaterszenen vor, entwerfen Flyer, die über das Projekt und den Anlass informieren, und bedrucken Armbänder oder andere Give-Aways mit einem selbstgewählten Slogan (z.B. «Kinder haben Recht – Schlagen ist schlecht!»).

Auch bei der Organisation und Durchführung des Anlasses sind die Kinder und Jugendlichen massgeblich beteiligt. Der Anlass sieht bei jedem lokalen Projekt anders aus, da er in Grösse und Art von der Gruppe abhängt. Ziel ist, dass über Körperstrafen und Hilfe für Betroffene informiert und aufgezeigt wird, was im Rahmen des Workshops gelernt wurde.

Sensibilisierung für internationale Kinderrechte

Im Workshop wollen die NCBI-Mitarbeitenden den Kindern und Jugendlichen die Botschaft vermitteln, dass gemäss der Kinderrechtskonvention Eltern kein Recht haben, ihre Kinder zu schlagen und auch Formen von seelischer Gewalt nicht zulässig sind. In der Evaluation durch die BFH (siehe Kasten) zeigte sich, dass die meisten Kinder von der Existenz dieser Kinderrechte und dem Gewaltverbot zuvor nicht viel wussten.

«Es ist schon gut, wenn man danach weiss, was Kinder für Rechte haben und dass die Erwachsenen auch nicht alles dürfen.»

Schülerin

Offenbar wurden diese Themen weder zuhause noch im Schulunterricht mit ihnen diskutiert. Nach dem halbtägigen Workshop haben sie diesbezüglich deutlich an Wissen hinzugewonnen und zeigen entsprechend weniger Toleranz gegenüber Körperstrafen im Vergleich zu sozialen Strafen (z.B. Handy wegnehmen, Hausarrest).

«In meiner Klasse, in der eben einige von Körperstrafen betroffen sind, hat es etwas Gutes bewirkt, sie realisierten, dass sie nicht alleine gelassen sind und dass man darüber auch sprechen darf.»

Lehrerin

Methodik der Studie

Die BFH untersuchte das Projekt «Keine Daheimnisse!» im Auftrag des Schweizerischen Fonds für Kinderschutzprojekte an sieben öffentlichen Regelschulen und je einer heilpädagogischen Schule aus den Kantonen Aargau, Bern, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich. Befragt wurden Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie die an der Projektdurchführung beteiligten Lehrkräfte und Schulsozialarbeitenden.

Der Hauptfokus der Evaluation bezog sich auf die von «Keine Daheimnisse!» bewirkten Wissens-, Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei den Zielgruppen. Diese Veränderungen wurden hauptsächlich bei den am Projekt direkt beteiligten Kindern und Jugendlichen gemessen: Sie wurden ein erstes Mal einige Wochen vor dem Workshop und ein zweites Mal im Anschluss an die Schlussveranstaltung befragt (102 Personen). Die Befragung erfolgte durch einen schriftlichen Fragebogen.

Zur Ergänzung und Vertiefung der Befunde aus der Fragebogenerhebung wurden an vier Standorten nach Projektabschluss Gruppeninterviews mit den Projektverantwortlichen sowie Gruppendiskussionen mit am Projekt beteiligten Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Diese dienten hauptsächlich dazu, Fragen zur Wirksamkeit von «Keine Daheimnisse!» zur Diskussion zu stellen.

Schliesslich beantworteten auch die an der Abschlussveranstaltung teilnehmenden Eltern und Geschwister sowie Mitschülerinnen und Mitschüler als sekundäre Zielgruppe (513 Personen) einen kurzen Fragebogen zum Projekt.

Weniger eindeutig sind die Befunde bezüglich der weiterführenden Frage, ob die Kinder im Alltag effektiv beurteilen können, wann genau ein «Klaps auf den Po» das vom Bundesgericht bezeichnete «tolerierbare Mass» überschreitet und bereits als Prügelstrafe zu werten ist. Zumindest in zwei von vier Gruppendiskussionen erklärten jeweils mehrere Schülerinnen und Schüler, dass nicht nur die Art der Strafe, sondern auch deren Häufigkeit und Intensität ein wichtiger Faktor sei.

Wissen, wer in der Not hilft

Wissen die Schülerinnen und Schüler besser, wo sie im Bedarfsfall Hilfe erhalten? Den Befragungsergebnissen zufolge können sie nach dem Projekt signifikant mehr Personen und Stellen benennen, die ihnen Unterstützung bieten können, wenn sie zuhause geschlagen werden. Dazu gehört insbesondere der nationale Telefonberatungsdienst 147 von Pro Juventute, aber auch die Schulsozialarbeit und die Lehrpersonen werden nach dem Projekt häufiger genannt.

«Ich denke, dass es unter den Schülern etwas ausgelöst hat. Sie haben sich Gedanken zusammen gemacht und sich ausgetauscht, andere vielleicht still für sich.»

Schulsozialarbeiterin

In Bezug auf die Frage, ob das Projekt «Keine Daheimnisse!» dazu beiträgt, dass die Kinder und Jugendlichen aus den Zuhause erlittenen Körperstrafen weniger «ein Geheimnis machen», sich also aussenstehenden Personen eher mitteilen und Hilfe holten, finden sich Hinweise, die für eine Enttabuisierung des Themas sprechen: So hat die Bereitschaft, sich bei Problemen im Freundeskreis auszusprechen (auch nach dem Projekt die am stärksten präferierte Variante), sich an eine Lehrperson oder Beratungsstelle zu wenden oder den Kindernotruf 147 anzurufen, signifikant zugenommen.

Auch sind die Kinder und Jugendlichen eher bereit, einer Kollegin oder einem Kollegen in Not zu raten, sich an eine Lehrperson, die Schulsozialarbeit oder eine Beratungsstelle zu wenden. Dagegen hat sich die eigene Bereitschaft, sich für ein bestrafte Kind einzusetzen, nicht verändert.

Wirkt «Keine Daheimnisse!»?

Das Projekt «Keine Daheimnisse!» sensibilisiert Schülerinnen und Schüler für Kinderrechte und Körperstrafen in der Erziehung. Ferner können Wissensseffekte in Bezug auf die vorhandenen Hilfsangebote belegt werden, und es finden sich Hinweise darauf, dass betroffene Kinder sich im Bedarfsfall eher externe Hilfe holen würden.

Die Wirkungen des Projekts über den Kreis der am Workshop Teilnehmenden hinaus sind auf Basis der vorhandenen Daten allerdings schwieriger abzuschätzen. Allgemein beurteilten die Mitschülerinnen und Mitschüler sowie die Eltern und Geschwister die Abschlussveranstaltung als interessant und lehrreich.

Was die Sensibilisierung der Eltern betrifft, ist hingegen deutlich geworden, dass man sich nicht allein darauf verlassen sollte, dass die Schülerinnen und Schüler das Thema Körperstrafen von sich aus zuhause mit ihren Eltern diskutieren. Wirkungsvoller scheint es zu sein, die Familien in das Projekt einzubeziehen, und zwar nicht nur durch die Teilnahme an der Abschlussveranstaltung, sondern auch im Rahmen von Elternabenden und Elterngesprächen. ●

Literatur:

- Isopublic Institut für Markt- und Meinungsforschung (2007), Jugendkriminalität: GALLUP TELEOmnibus: Befragung vom 11.7.–14.7.2007, Schwerzenbach.
- Schöbi, D. & Perrez, M. (2005). Bestrafungsverhalten von Erziehungsberechtigten in der Schweiz. Eine vergleichende Analyse des Bestrafungsverhaltens von Erziehungsberechtigten 1990–2004 (FB Nr. 166). Fribourg: Departement für Psychologie
- Urwyler, Christoph; Frischknecht, Sanna; Neuenschwander, Peter (2015): Evaluation «Keine Daheimnisse! Erhebe Deine Stimme gegen Körperstrafen und hole Hilfe!», Forschungsbericht, Berner Fachhochschule.

Konferenz zum Thema Körperstrafen in der Erziehung

Zur Präsentation der Ergebnisse der Evaluation und zur Diskussion der Möglichkeiten in Bezug auf Prävention von Körperstrafen organisiert NCBI Schweiz zwei Konferenzen für interessierte Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende und Schulleitungen. Die erste für die Westschweiz findet am 16. September in Neuchâtel statt, die zweite mit Fokus auf die Deutschschweiz am 11. November 2015 in Zürich.

Weitere Informationen

www.daheimnisse.ch

Case Management bei komplexen Fällen im Kindes- und Erwachsenenschutz



Lukas Leber
Dozent
lukas.leber@bfh.ch



Markus Bieri
Leiter Sozialdienst Frutigen
Sozialarbeiter, Lehrbeauftragter BFH
markus.bieri@bfh.ch

Mit einer kooperativen Fallführung nach dem Handlungskonzept Case Management können bei komplexer Ressourcen- und Defizitlage sowie einem hohen Steuerungs- und Koordinationsbedarf die Interessen der Klientinnen und Klienten effektiver wahrgenommen werden. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse im Sozialdienst Frutigen.

Behördliches Handeln im Sinne des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes (KESG) ist angezeigt, wenn die Selbständigkeit einer Person durch sie selber oder durch äussere Umstände beeinträchtigt wird. In der Region Frutigen beauftragt die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) für die Betreuung solcher Fälle in der Regel den zuständigen regionalen Sozialdienst.

Der Sozialdienst Frutigen ist verantwortlich für acht Gemeinden mit rund 21 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Komplexe Fallsituationen, deren Behandlung die Beteiligung mehrerer Stellen und die Koordination verschiedener Leistungen erfordert, werden im Sozialdienst Frutigen in Anlehnung an das Handlungskonzept Case Management geführt.

Doppelt so viel Zeit für die komplexen Fälle

Im Jahr 2013 führte die BFH in Zusammenarbeit mit der Leitung und den Mitarbeitenden des Sozialdienstes Frutigen eine Fallanalyse durch. Diese ergab, dass 15 Prozent der Fälle (25 von 163 Fällen) Merkmale für eine Fallführung nach dem Handlungskonzept Case Management aufwiesen und 28 Prozent der gesamten Personalressourcen in Anspruch nahmen.

Die Mitarbeitenden des Sozialdienstes wandten hier nahezu doppelt so viel Zeit auf wie für die Führung der so genannten normalen Fälle. Diese sind durch die Sicherung der primären Bedürfnisse wie Wohnen, geregelte Finanzen, Ernährung und Gesundheit jeweils ausreichend versorgt.

Passgenaue Versorgung der Klientinnen und Klienten

Case Management geht davon aus, dass alle Alternativen geprüft werden, um Klientinnen und Klienten in die Lage zu versetzen, wieder ein möglichst autonomes Leben zu führen. Bei den 25 komplexen Fällen wurde durch die Leitung und die Mitarbeitenden des Sozialdienstes eine Einschätzung der Ressourcen und Bedarfe vorgenommen (Assessment), um weitgehend passgenaue Massnahmen einzuleiten.

Mit dieser bedarfsorientierten Fallführung beabsichtigt der Sozialdienst Frutigen, über die Sicherstellung der primären Bedürfnisse hinaus weitergehende Ziele wie erhöhte Autonomie oder bessere Lebensqualität zu bewirken. Ein weiterer Nebeneffekt ist gemäss Einschätzung der Mitarbeitenden, dass die Ansprüche der Klientel an kompensatorische Hilfeleistungen reduziert und eine nachhaltige Versorgung ins Zentrum gerückt werden kann.

Bei der Analyse der 25 Dossiers konnte festgestellt werden, dass Fälle, die in diesem Sinne in Anlehnung an das Case Management geführt werden, zu einer passgenaueren Versorgung der Klientinnen und Klienten führen.

KESB kann jederzeit eingreifen

Diese Form der Fallführung beabsichtigt des Weiteren, dass durch die zunehmende Autonomie der Klientinnen und Klienten die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger längerfristig entlastet werden. Das KESG bietet hier durchaus Möglichkeiten, massgeschneiderte Massnahmen behördlich anzuordnen und eine Fallführung im Sinne von Case Management zu fördern.

Der fallführende Sozialdienst wird somit legitimiert, in Absprache zwischen Klientin oder Klient, der KESB und weiteren Diensten und Personen langfristige und mittelfristige Ziele zu entwickeln, überprüfbare Meilensteine zu setzen und die Art und Weise der Zusammenarbeit festzulegen. Die KESB wiederum hat die Möglichkeit, sich im laufenden Monitoring über den Prozess zu informieren.

Weicht dieser von den mittel- und langfristigen Zielen ab, kann die KESB auf Antrag des Sozialdienstes und/oder der Klientin oder des Klienten rasch notwendige Anpassungen der Massnahmen verfügen. Die Fallführung nach Case Management setzt voraus, dass der Sozialdienst über ein entsprechendes Mandat und die notwendigen Ressourcen verfügt.

Von der Verwaltung zur Förderung der Autonomie

Die Fallanalysen haben deutlich gemacht, dass der Sozialdienst Frutigen mit der Sicherung elementarer Grundbedürfnisse den Auftrag der KESB zwar durchaus zu erfüllen vermag. Bei genauer Betrachtung wird aber sichtbar, dass KESB-Fälle teilweise zum Schutze Dritter unverhältnismässig und möglicherweise sogar zum Nachteil der Betroffenen mehr «verwaltet» als tatsächlich in einer autonomen Lebensführung gefördert werden.

Dadurch können Klientinnen und Klienten über-, fehl-, oder mangelversorgt werden, was letztlich zu höheren Kosten führt. Beim Case Management stehen Ressourcen- und Netzwerkanalysen im Mittelpunkt, so dass permanent überprüft werden muss, wie bestehende Netzwerke und Ressourcen effektiv eingesetzt und aktiviert werden könnten (Kleve 2003: 58).

Eine Fallführung in Anlehnung an das Handlungskonzept Case Management bietet somit Chancen, durch ressourcenorientiertes und strukturiertes Handeln Klientinnen und Klienten zielgerichtet in ihrer autonomen Lebensführung zu fördern und so weit als möglich von Unterstützungsmassnahmen zu entbinden. ●

Dieser Beitrag ist eine aktualisierte und gekürzte Fassung des Artikels: Leber, Lukas & Bieri, Markus. (2013). Case Management bei Komplexfällen im Kindes- und Erwachsenenschutz. Case Management, 4, S. 218–221

Literatur:

- Hausheer, H., Geiser, T., Aebi-Müller, R. (2010): Das Erwachsenenschutzrecht. Bern: Stämpfli Verlag.
- Geiser, T., Reusser, R. (Hrsg.). (2012): Basler Kommentar Erwachsenenschutz. Basel: Helbing Lichtenhahn Verlag.
- Kleve, H., Haye, B., Hampe-Grosser, A., Müller, M. (2003): Systemisches Case Management. Aachen: Heinz Kersting Verlag.
- Kleve, H.. (2007): Postmoderne Sozialarbeit (2.Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

CAS Case Management im Kindes- und Erwachsenenschutz

Behörden werden in der Ausübung der Mandate im Kindes- und Erwachsenenschutz daran gemessen, wie wirkungsvoll, kostengünstig und rasch Fälle abgewickelt werden. Bei differenzierter Betrachtung führt Effizienz insbesondere bei komplexen Fällen nicht automatisch zum Ziel einer nachhaltigen Versorgung. Werden Klientinnen und Klienten dauerhaft nur mit dem Nötigsten versorgt, reicht das möglicherweise für die Bewältigung des Alltags, eine nachhaltige Weiterentwicklung und/oder Ablösung wird damit aber zu wenig gefördert.

Case Management stellt bei komplexen Konstellationen sicher, dass die Versorgung durch eine optimale Koordination der Leistungen und einer kooperativen Zusammenarbeit der beteiligten Dienste sichergestellt werden kann. Klientinnen und Klienten werden unter Berücksichtigung aller möglichen Alternativen darin unterstützt, ihre Autonomie unter grösstmöglichem Nutzen ihrer Ressourcen so weit wie möglich wieder herzustellen.

Absolventinnen und Absolventen des CAS-Studiengangs Case Management im Kindes- und Erwachsenenschutz sind in der Lage, bei komplexen Fällen nach dem Handlungskonzept Case Management ressourcen- und netzwerkorientiert zu arbeiten. Ausserdem erkennen sie die speziellen Anforderungen an die Umsetzung von Case Management in Institutionen des Kindes- und Erwachsenenschutzes.

Der CAS Case Management im Kindes- und Erwachsenenschutz besteht aus einem 13-tägigen Fachkurs Case Management (Beginn im Januar 2016 oder Vorlage einer Kursbestätigung aus einer früheren Durchführung) und einem 12-tägigen Aufbaukurs (Beginn im August 2016).

Informationen und Anmeldung

soziale-arbeit.bfh.ch
Web-Code: C-CM-3

Aktuelles

Dienstleistungen

Berner und Luzerner Abklärungsinstrument zum Kindesschutz

Die Abklärung des Kindeswohls im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist eine besonders anspruchsvolle Aufgabe. Ein neues, forschungsbasiertes Abklärungsinstrument unterstützt Fachleute in der Deutschschweiz dabei. Das «Berner und Luzerner Abklärungsinstrument zum Kindesschutz» leistet für alle relevanten Einschätzungsaufgaben eine fachliche Hilfestellung. Es hilft den Abklärungsprozess auf jene Inhalte zu fokussieren, die für eine Gefährdungseinschätzung tatsächlich relevant sind. Einzigartig ist zudem die Verzahnung der verschiedenen Einschätzungsaufgaben mit dem behördlichen Massnahmen-system.

Entwickelt wurde das Instrument von der BFH und der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Für die praktische Anwendung liegt eine Webapplikation vor, die in den unterschiedlichsten Organisationen eingesetzt werden kann. Ausserdem werden in Bern und Luzern entsprechende Schulungen angeboten.

Weitere Informationen und Bestellung der Webapplikation:
soziale-arbeit.bfh.ch/abklaerung-kindesschutz

Forschung

Mehr Empathie mit Hilfe von Babys?

Das wissenschaftlich evaluierte Präventionsprogramm «Roots of Empathy» aus Kanada wird seit 2014 an Primarschulen des Kantons Zürich angewandt. Ziel des Programms ist es, die Empathie der Schülerinnen und Schüler und damit ein positives Sozialverhalten zu fördern und destruktives Verhalten zu reduzieren. Hierfür besuchen ein Baby mit Vater oder Mutter neun Mal eine Klasse. Eine Trainerin bereitet die Treffen mit den Kindern vor und nach. Die Auseinandersetzung mit dem Baby soll den Kindern helfen, sich mit Gefühlen zu befassen und ihr Verhalten zu reflektieren. Ein Forschungsprojekt der BFH untersucht die kurz- und langfristigen Auswirkungen des Programms im schweizerischen Kontext. Zwischen 2015 und 2017 werden in 25 Teilnehmerklassen und in 25 Kontrollklassen zu zwei bzw. drei Messzeitpunkten Daten zu Empathie, prosozialem Verhalten, destruktivem Verhalten, Moral und Selbstwert erfasst und ausgewertet.

Weiterbildung



Psychische Erkrankungen in der Schwangerschaft und nach der Geburt

In der Schweiz sind psychische Erkrankungen von Schwangeren und Müttern ein bisher wenig beachtetes Gesundheitsproblem. Doch es hat sich gezeigt, dass ein qualifiziertes Assessment beispielsweise in der Schwangerenvorsorge sowie eine frühzeitige Behandlung die Heilungschancen deutlich verbessern können. Auch Fachleute der Sozialen Arbeit begegnen oft Frauen und Müttern mit psychischen Problemen und müssen über geeignete Methoden verfügen, diese zu beraten und die soziale und berufliche Integration zu unterstützen. In den Bereichen des Gesundheitscoachings, der sozialpädagogischen Familienbegleitung, der Familienpflege sowie der Familien- und Sozialberatung ist das Thema von hoher Relevanz.

Am 22. Januar 2016 findet die 3. Fachtagung Geburtshilfe statt, an der sich nationale und internationale Referentinnen zahlreichen Fragen im Zusammenhang mit den psychischen Erkrankungen von betroffenen Schwangeren und Müttern widmen werden. Die Tagung wird erstmals in interdisziplinärer Kooperation zwischen der Frauenklinik des Inselspitals Bern und der BFH durchgeführt.

Weitere Informationen und Anmeldung:
gesundheits.bfh.ch, Web-Code: IW-HEB-3

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Beratung		
Schreiben als Ressource in der Beratung [neu]	31. Okt., 7. und 21. Nov. 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-BER-9
Fachkurs Motivierende Gesprächsführung	November 2015 bis März 2016	K-MET-2
Fachkurs Neuro-Systemische Beratung [neu]	November 2015 bis April 2016	K-BER-8
Fachkurs Systemisch-lösungsorientierte Beratung mit Kindern und Jugendlichen	Februar bis April 2016	K-BER-1
Fachkurs Systemische Kompetenz in Veränderungsprozessen [neu]	Februar bis April 2016	K-BER-7
Fachkurs Psychiatrisches Basiswissen für die Systemische Beratung	Februar bis Juni 2016	K-BER-5
Fachkurs Systemisches Gesundheitscoaching [neu]	April bis Mai 2016	K-BER-6
Fachkurs Elterncoaching	April bis Dezember 2016	K-BER-3
Beratungsgespräche	6./7. April und 25./26. Mai 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-MET-6
Grundlagen der Systemischen Beratung	30./31. Mai und 1. Juni 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-BER-4
Fachkurs Trauma und Beratung	Juni bis Oktober 2016	K-BER-2
Gesprächsführung mit traumatisierten Menschen	6./7. September 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-SPE-33
Kurs zum Thema Case Management		
Fachkurs Case Management	Januar bis Juli 2016	K-CM-20
Kurse zum Thema Kindes- und Erwachsenenschutz		
Berichterstattung in der Mandatsführung: Übungswerkstatt [neu]	13. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr 6. November 2015, 8.45–12.15 Uhr	K-KES-11
Professionelle Kindeswohlklärungen – Einführung in ein neues Instrument für die Schweiz (in Kooperation mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit) [neu]	5./6. November 2015, 9.00–16.45 Uhr	K-KES-1
Neues Erwachsenenschutzrecht – Massschneidung	17./18. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-KES-6
Kinder anhören	10./11. Dezember 2015, 9.00–16.45 Uhr	K-EKS-2
Feststellung der Vaterschaft, gemeinsame elterliche Sorge, Unterhaltsregelung	21./22. Januar 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-REC-12
Fachkurs Koordinatorin/Koordinator im Familienrat – Family Group Conference	Start März 2016	K-KES-15
Fachkurs Sozialpädagogische Arbeit mit psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen [neu]	Mai bis September 2016	K-MET-16
Kindes- und Erwachsenenschutz: Basiswissen für die Soziale Arbeit	10./11. August 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-KES-14
Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln	24./25. August 2016, 9.00–16.45 Uhr	K-EKS-9
Kurse zum Thema Mediation und Konfliktmanagement		
Fachkurs Mediation	12 Kurstage, Start mehrmals jährlich	K-MED-1
Fachkurs Supervision für Mediatorinnen und Mediatoren	September 2015 bis September 2016	K-MED-44
Auftritt und Wirkung: Gestaltung von Präsenz [neu] (auch für Interessierte ohne Mediationsausbildung offen)	16./17. September 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-151
Elder Mediation: Recht und Ethik [neu]	17./18. September 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-149
Umgang mit Sackgassen und Blockaden in der Mediation	21./22. September 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-143
Kernstücke der Kommunikation in der Mediation	30. Sept. und 1. Okt. 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-72
Fachkurs Konfliktmanagement	Oktober 2015 bis Juni 2016	K-MED-55
Gewaltfreie Kommunikation, Einführung	15./16. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-66
Mediation in Organisationen	19./20./21. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-9
Mener et désenvenimer des conversations difficiles	21. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-156
Grundlagen des Konfliktmanagements (mit PD Dr. Friedrich Glasl)	26./27. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-45
Erfolgreiche Partizipationsprozesse [neu]	29./30. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-147
Eltern-Jugendlichen-Mediation	3./4. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-57
Kurzzeit-Mediation	4./5./6. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-80
Methodenschatzkiste	9./10. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-82
Typische Konfliktkonstellationen in Organisationen	19./20. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-47
Deeskalative Gesprächsführung	26. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-155
Emotionen als Tor zum Verständnis	26./27. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-124

Angebot	Datum	Web-Code
Erfolgreich und effizient verhandeln (auch für Interessierte ohne Mediationsausbildung offen)	2./3./4. Dezember 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-24
Allparteiliches Konflikt-Coaching	10./11. Dezember 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-MED-98
Weitere Kurse für ausgebildete Mediatorinnen und Mediatoren finden Sie unter mediation.bfh.ch		
Kurse im methodischen Handeln		
Einführung ins wissenschaftliche Arbeiten	13./20. Oktober 2015, 8.30–16.30 Uhr 17./24. März 2016, 8.30–16.30 Uhr 14./21. Juni 2016, 8.30–16.30 Uhr	K-MET-15
Fachkurs Praxisausbildung	Januar bis Juni 2016	K-SPE-6
Selbst- und Ressourcenmanagement [neu]	4 Tage, 22./23. März und 26./27. Mai 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-MET-17
Kurs zum Thema offene Kinder- und Jugendarbeit		
Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das?	9. und 25. Mai 2016, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-23
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Ausbildung in Mediation I – Grundlagen	Einstieg mit dem Fachkurs Mediation	C-MED-6
CAS Ausbildung in Mediation II – Vertiefung	Einstieg mit dem Fachkurs Mediation	C-MED-1
CAS Mediative Konfliktintervention	Einstieg mit dem Fachkurs Mediation	C-MET-5
CAS Konfliktmanagement	Einstieg mit dem Fachkurs Konfliktmanagement	C-SOZ-8
CAS Supervision für Mediatorinnen und Mediatoren	Einstieg mit dem Fachkurs Supervision in der Mediation	C-MED-8
CAS Case Management (in Kooperation mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit)	Oktober 2015 bis Oktober 2016	C-CM-4
CAS Case Management	August 2016 bis Februar 2017	C-CM-1
CAS Case Management – Alter [neu]	August 2016 bis Februar 2017	C-CM-2
CAS Case Management im Kindes- und Erwachsenenschutz [neu]	August 2016 bis Februar 2017	C-CM-3
CAS Systemische Beratung – Grundhaltungen, Prämissen und Methoden	Mai 2016 bis April 2017	C-MET-3
CAS Systemische Beratung mit Familien, Paaren und Gruppen	August 2016 bis Juni 2017	C-BER-1
CAS Systemische Beratung in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit	Einstieg z.B. mit dem Fachkurs Systemisches Gesundheitscoaching	C-BER-2
CAS Praxisausbildung	Einstieg mit dem Fachkurs Praxisausbildung	C-SPE-2
CAS Täterarbeit – Grundlagen	Start September 2015	C-OHT-1
CAS Mandatsführung im Kindes- und Erwachsenenschutz (in Kooperation mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit)	Januar bis November 2016	C-KES-1
CAS Kindesschutz (in Kooperation mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit)	Start März 2016	C-KIS-1
Diploma of Advanced Studies (DAS)		
DAS Case Management	Einstieg jederzeit möglich	D-CM-1
DAS Mediation	Einstieg jederzeit möglich	D-MED-1
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Mediation	Einstieg jederzeit möglich	M-MED-1
MAS Systemische Beratung in der Sozialen Arbeit	Einstieg jederzeit möglich	M-BER-1
Infoveranstaltungen		
Infoveranstaltung Weiterbildung Systemische Beratung	1. September 2015, 17.30–19.00 Uhr	IW-BER-3
Infoveranstaltung Weiterbildung Case Management	15. September 2015, 17.30–19.00 Uhr	IW-CM-10
Infoveranstaltung Weiterbildung Systemische Beratung	27. Oktober 2015, 17.30–19.00 Uhr	IW-BER-4
Infoveranstaltung Weiterbildung Case Management	12. November 2015, 17.30–19.00 Uhr	IW-CM-11
Infoveranstaltung Ausbildung in Mediation und Konfliktmanagement	24. November 2015, 18.00–20.00 Uhr	IW-MED-20

Eine Organisation im Spannungsfeld von Stabilisierung und Aufbruch



Dr. Claudia Michel
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
claudia.michel@bfh.ch

Organisationen müssen gesellschaftliche Veränderungen vorausschauend einplanen, um zeitgemässe Dienstleistungen anzubieten. Der Verein Eden erteilte der BFH aus diesem Grund den Auftrag für eine Analyse, um seine Angebote für die Suchthilfe und den psychosozialen Bereich zu überprüfen.

Die Regel, dass sich Organisationen kontinuierlich auf die Zukunft ausrichten müssen, gilt sowohl in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Sektor. Denn auch Politik und Verwaltung unterliegen einem steten Veränderungsprozess.

Der Verein Eden an der Schnittstelle

Der Verein Eden ist im Berner Oberland seit vielen Jahren an der Schnittstelle von Suchthilfe und psychosozialem Bereich tätig. Seine Dienstleistungen umfassen zwei Angebote: die Wohn- und die Arbeitsintegration. Die Wohnintegration richtet sich an Frauen und Männer im Erwerbsalter, die nicht mehr selbständig wohnen können und Unterstützung bedürfen. Während ihres Aufenthalts reflektieren und stabilisieren sie ihre aktuelle Lebenssituation, verbessern ihre Selbständigkeit und gehen auswärtig einer Tagesstruktur nach. Die Arbeitsintegration richtet sich an Menschen, die selbstständig wohnen und Unterstützung brauchen, um im Berufsleben wieder Fuss zu fassen.



Bis vor einiger Zeit war das Verhältnis zwischen Klientinnen und Klienten mit Suchtproblemen und solchen mit psychischen Behinderungen mehr oder weniger ausgeglichen. Doch der Anteil der Menschen mit psychischen und psychosozialen Problemen nahm in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Im Jahr 2014 nahmen sogar mehr als zwei Drittel der Klientinnen und Klienten aus psychisch-psychosozialen Gründen an den Angeboten des Vereins Eden teil.

Die Umwelt unter der Lupe

Weil sich die Klientel des Vereins von der Suchthilfe zur Sozialpsychiatrie verschob, aber auch weil die Sozial- und Gesundheitspolitik aktuell Reformprozesse durchlaufen, beschloss der Verein, seine Angebote zu überprüfen. Als innovative und zukunftsgerichtete Organisation beauftragte er die BFH mit einer Umweltanalyse. Diese sollte die für die Wohn- und Arbeitsintegration relevanten aktuellen und künftigen Entwicklungen beschreiben.

Die Umweltanalyse beinhaltete die Untersuchung der gesellschaftlichen Umwelt des Vereins Eden: die Suchtpolitik und die psychiatrische Versorgungsplanung des Oberlands West. Auf der Basis einer Daten- und Dokumentenanalyse und mit Hilfe von Interviews erfolgte die Beschreibung der zu erwartenden Trends (siehe Kasten).

Stabilisierung in der Suchthilfe ...

Die Umweltanalyse machte deutlich, dass sich in der Suchthilfe die politischen Instrumente bewähren und zu einer Stabilisierung in der Praxis führen.

Die Suchthilfe befindet sich in den Worten einer Expertin in einer Phase der Beruhigung. Sie ist geprägt von der nationalen Suchtpolitik, die sich durch das 4-Säulen Prinzip kennzeichnet. Die vier Säulen umfassen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression zur Verringerung des Konsums und der negativen Folgen



des Konsums. Diese vier Säulen etablierten sich in der Berner Suchtpolitik als gleichberechtigte Bereiche. Auch wenn es in der Drogenpolitik immer noch politische Vorstösse gibt, ist derzeit nicht mit grossen Veränderungen zu rechnen.

Beruhigung bedeutet Stabilisierung. Die Suchthilfe ist ein historisch gewachsenes und fragmentiertes Feld. Dieses in eine kohärente Gesamtstrategie einzubetten, ist das derzeitige Bestreben des Kantons Bern. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Stabilisierung ist das Suchtkonzept, welches der Kanton im Jahr 2011 verabschiedete. Darin hielt er die Prinzipien der Suchthilfe und die künftige Stossrichtung fest. Strategische Partnerschaften, Vernetzung und Kooperation sind wichtige Themen, um die Akteure in der Suchthilfe stärker aufeinander abzustimmen und die Versorgung kohärenter zu gestalten.

Wie die Umsetzung des Suchthilfekonzeptes stattfindet, ist allerdings von der finanziellen Situation des Kantons abhängig. Die Lage ist angespannt, die Angebote und Strukturen werden laufend überprüft. Mit einschneidenden Massnahmen ist aber im Bereich Wohnen und Arbeiten vorerst nicht zu rechnen.

... und Aufbruch in der Psychiatrie

Anders sieht es in der psychiatrischen Versorgung aus. Für die Analyse diente die Psychiatrische Versorgungsplanung 2015 bis 2018 der Region Oberland West als Grundlage. Diese kündigt einen Wechsel des Schwerpunkts von der stationären zur gemeindenahen, dezentralen und integrierten Versorgung an. Psychiatrische Kliniken wie das Psychiatrische Zentrum Münsingen werden mittelfristig an Bedeutung verlieren, die akutsomatischen Spitäler und die ambulanten psychiatrischen Angebote an Bedeutung gewinnen.

Kurzfristig relevanter sind andere Reformen. Zu nennen sind erstens die Revisionen bei der Invalidenversicherung, die zu mehr Druck auf die Renten, die Rentenverfügungen und auf die Arbeitsintegration führen. Zweitens spielt das Behindertenkonzept des Kantons eine Rolle, das einen Wechsel von der Objekt- zur

Subjektfinanzierung vorsieht. Es bedeutet, dass künftig keine Leistungsverträge mehr mit Heimen abgeschlossen werden und dass Behinderte freier in der Gestaltung von Wohnen und Arbeiten sind. Drittens ist das neue Tarifsystem für die stationäre Psychiatrie relevant. Mit dem Wechsel von der Tages- zur Fallpauschale geht voraussichtlich eine Verkürzung der Verweildauer im stationären Bereich einher. Und zuletzt ist die Verselbständigung der bernischen Psychiatriebetriebe zu erwähnen. Die Umwandlung der Betriebe in Aktiengesellschaften wird ebenfalls einen Einfluss auf die Verkürzung der Verweildauer der Patientinnen und Patienten haben.

Organisationen müssen vernetzen, kooperieren und flexibel sein

Die Umweltanalyse schloss mit dem Fazit, dass sowohl die Suchthilfe wie auch die Sozialpsychiatrie von Organisationen wie dem Eden künftig vermehrt Vernetzung, Kooperation und Flexibilisierung fordern. Dies aus zwei Gründen. Zum einen stehen beide Bereiche unter Spardruck, die Optimierung der Versorgung steht folglich im Zeichen der Effizienzsteigerung und des wirtschaftlichen Handelns. Zum anderen richtet sich die Steuerung beider Bereiche am Bedarf und an den Bedürfnissen der Klientel aus. Beide wollen auf individueller Ebene mehr Wirkung erzielen.

Was bedeuten Vernetzung, Kooperation und Flexibilisierung konkret? Vernetzung meint beispielsweise in der Suchthilfe, dass neben den klassischen Suchthilfesystemen zusätzlich Hausärzte, Psychiatrie, Polizei, Erziehungsberatung und Schulen einzubinden sind. Mit Kooperation zielt man etwa in der Psychiatrie auf reibungslos funktionierende Behandlungspfade in der Nachbetreuung, wenn Patientinnen und Patienten aus dem Spital entlassen werden. Mit Flexibilisierung, dem dritten Schlagwort, sind unter anderem niederschwellige Angebote für psychisch-psychosozial belastete Menschen in der Suchthilfe angesprochen. Diese sind rund um Thun noch unzureichend vorhanden.

Von der Umweltanalyse zur Organisationsentwicklung

Die Analyse brachte zusammenfassend ein Spektrum unterschiedlichster Ansprüche zutage, denen der Verein Eden gerecht werden muss. Diese Auslegeordnung ist die Grundlage für die künftige Ausrichtung. Welche Strategie wählt der Verein, um im Spannungsfeld zwischen der Stabilisierung in der Suchthilfe und dem Aufbruch in der Psychiatrie den richtigen Weg einzuschlagen? Die Umweltanalyse dient hier als Wegweiser für die Entwicklung der kommenden Jahre. ●

Umweltanalyse

Eine Umweltanalyse befasst sich mit der Untersuchung der relevanten gesellschaftlichen Bezugsräume im Umfeld einer Organisation. Dazu gehören auch die wichtigsten Anspruchsgruppen, die von den organisationalen Wirkungsbereichen betroffen sind.

Für die Umweltanalyse des Vereins Eden war das St. Galler Management-Modell richtungsweisend. Dieses wurde für sozialwirtschaftliche Unternehmen angepasst. Ein integriertes, offenes Managementsystem betrachtet eine Organisation im Kontext verschiedener Systeme. Für den auf nationaler und kantonaler Ebene regulierten Markt der Wohn- und Arbeitsintegration, sind folgende Bereiche relevant:

- Umwelten: die Gesundheits- und Suchtpolitik des Kantons Bern und die nationale Gesundheitspolitik
- Anspruchsgruppen: der Kanton Bern als Auftraggeber, die zuweisenden Institutionen und die Klientinnen und Klienten des Vereins Eden.

Das Vorgehen setzte sich aus einer Daten-, einer Dokumentenanalyse und Interviews zusammen. Für die Datenanalyse wurde unter anderem die Statistik der sozialmedizinischen Institutionen (SOMED) beigezogen. Die Dokumentenanalyse erstreckte sich über relevante Berichte in der Suchthilfe und der psychiatrischen Versorgungsplanung des Kantons Bern. Die Interviewpartner kamen aus der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektion, der Invalidenversicherung, den Psychiatrischen Diensten Thun und den zuweisenden Institutionen (Psychiatriezentrum Münsingen, Sozialdienst Thun).

Zunahme von aggressivem Verhalten gegenüber dem Kantonspersonal



Regierungsrätin Beatrice Simon im Interview

Interview

Prof. Daniel Iseli
Dozent
daniel.iseli@bfh.ch

Beatrice Simon-Jungi ist seit 2010 Regierungsrätin des Kantons Bern. Im Interview nimmt sie als Finanzdirektorin Stellung zur Umsetzung der Motion «197/11 Übergriffe auf Kantonspersonal: Null Toleranz» und der daraus resultierenden Website. Zudem äussert sie sich zur Personalpolitik des Kantons Bern. Bedrohungen sind für Beatrice Simon nicht nur ein Geschäft, sie ist auch selbst direkt betroffen.

Beatrice Simon, welchen Stellenwert hat für Sie die Motion «197/11 Übergriffe auf Kantonspersonal: Null Toleranz!» und wie sieht es mit der Umsetzung aus?

Beatrice Simon: Es ist unsere ständige Aufgabe, die Mitarbeitenden für solche Situationen zu sensibilisieren und sie bestmöglich vor Übergriffen zu schützen. Deshalb hat der Regierungsrat die Annahme der Motion beantragt. Seit kurzem haben wir zudem die Website zum Umgang mit aggressivem Kundenverhalten (siehe Kasten, Anm. d. Red.) aufgeschaltet. Dort finden sich viele der getroffenen Massnahmen wieder und selbstverständlich aktualisieren wir diese regelmässig. Ich bin sehr zufrieden mit der Website und die Rückmeldungen sind durchwegs positiv. Die Leute fühlen sich auf eine gute Art und Weise durch die Website geführt, und sie finden, was sie brauchen.

Sind noch weitere Massnahmen zum Umgang mit aggressivem Kundenverhalten geplant?

Ja, es ist eine ständige Aufgabe und in den Bereichen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, der fürsorgerischen Massnahmen, in den Sozialdiensten und den Frauenhäusern sind weitere Massnahmen vorgesehen. Diese werden von der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion begleitet. Noch ist es aber zu früh, detailliert darüber zu informieren, dies wird zu einem späteren Zeitpunkt geschehen.

Es gibt Betriebe, bei denen Übergriffe alltäglicher sind als bei anderen. Beispielsweise bei der Polizei oder im Strafvollzug. Bei der Steuerverwaltung sind Übergriffe wahrscheinlich eher selten.

«Die Bereitschaft, Drohungen auszusprechen ist gestiegen, und es kommt leider immer wieder zu emotionalen Ausbrüchen gegenüber Mitarbeitenden.»

Was heisst da selten? Sie haben stark zugenommen. Die Gesellschaft hat sich verändert, und das bekommen wir natürlich auch zu spüren. Die Bereitschaft, Drohungen auszusprechen ist gestiegen, und es kommt leider immer wieder zu emotionalen Ausbrüchen gegenüber Mitarbeitenden in der Steuerverwaltung.

Sie stehen als Politikerin gewissermassen im Schaufenster. Haben Sie persönlich auch schon Übergriffe erlebt?

Vor meiner Tätigkeit als Regierungsrätin war ich acht Jahre Gemeindepräsidentin und in dieser Funktion musste ich oft ausrücken, wenn es beispielsweise Familienstreitigkeiten gab. Da kam ich immer mal wieder in schwierige Situationen. Manchmal war ich alleine unterwegs, manchmal in Begleitung der Polizei. In meiner Gemeinde kannte ich die Leute, konnte die Situationen verhältnismässig gut einschätzen und entsprechend handeln. In meiner Funktion als Regierungsrätin ist es schwieriger, die Situation richtig zu beurteilen, weil ich die Menschen nicht kenne. Ich habe auch schon Drohungen erhalten, und unangenehme Briefe gehören leider fast zur Tagesordnung. Man muss das ertragen und damit umgehen können, sonst hat man plötzlich schlaflose Nächte. Auf Drohungen reagiere ich unterschiedlich. Es kann auch vorkommen, dass ich die betreffende Person anrufe, weil ich der Meinung bin, dass ein persönliches Gespräch manchmal mehr be-



wirken kann als viele Briefe. Zudem soll das Gegenüber erfahren, was sein Verhalten bei mir auslöst. Bisher wurde ich noch nie körperlich angegriffen, aber ein Rest-Risiko bleibt, da ich nicht unter einer «Glaskuppel» lebe. Meine Familie und ich müssen mit diesem Risiko leben und umgehen können.

«Ich habe auch schon Drohungen erhalten, und unangenehme Briefe gehören leider fast zur Tagesordnung. Man muss das ertragen und damit umgehen können, sonst hat man plötzlich schlaflose Nächte.»

Werden Übergriffe künftig zunehmen und wie kann der Kanton dem entgegenwirken?

Das ist eine sehr schwierige Frage und hängt direkt mit der gesellschaftlichen Entwicklung zusammen. Heute wollen die Menschen immer alles selber entscheiden und fühlen sich schnell in ihrer Persönlichkeit eingeschränkt, wenn Grenzen gesetzt werden oder Vorgaben eingehalten werden müssen. Dies führt zunehmend zu Konflikten. Diese Entwicklung beginnt übrigens schon sehr früh. Ich finde es bedenklich, wenn Eltern sich darüber aufregen, dass im Schulalltag gewisse Regeln eingehalten werden müssen. Die braucht es zwingend, sonst funktioniert unsere Gesellschaft nicht. Man muss die Entwicklung aufmerksam verfolgen, doch ich befürchte, dass sich die Aggressionsbereitschaft noch akzentuieren wird. Selbstverständlich werden wir unsere Website immer aktualisieren, damit sich unsere Mitarbeitenden informieren können.

«Selbstverständlich werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass wir gute Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten und über ein gut funktionierendes Gesundheitsmanagement verfügen.»

Welche Prioritäten haben Sie in der Personalpolitik?

Ich bin sehr zufrieden, dass wir unserem Personal endlich wieder eine positive Lohnentwicklung von jährlich 1,5 Prozent gewähren können und dies auch zukünftig in unseren Planzahlen so vorgesehen ist. Zudem werden wir per Januar 2016 den Vaterschaftsurlaub einführen. Das freut mich sehr und ist ein gutes Zeichen für den Kanton Bern als familienfreundlicher Arbeitgeber. Selbstverständlich werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass wir gute Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten und über ein gut funktionierendes Gesundheitsmanagement verfügen. ●

Website des Kantons Bern zum Umgang mit aggressivem Kundenverhalten

Bei öffentlichen Stellen kommt es immer wieder vor, dass sich Kundinnen und Kunden gegenüber Mitarbeitenden aggressiv verhalten. Um mögliche Eskalationen abzuwenden oder die negativen Folgen eines aggressiven Kundenverhaltens aufzufangen, müssen betriebliche Vorkehrungen getroffen werden. Damit dies optimal unterstützt werden kann, wurden Massnahmen erarbeitet, die den «Umgang mit aggressivem Kundenverhalten» in den Fokus stellen. Die Massnahmen sind auf einer Website zusammengefasst ersichtlich. Die Website vermittelt Leitungspersonen, Vorgesetzten und Mitarbeitenden zudem einen schnellen Zugriff auf die Kernelemente im Umgang mit aggressivem Kundenverhalten. Dabei werden nicht nur konkrete Empfehlungen zu Einschätzung und Vorgehen in akuten Bedrohungssituationen abgegeben, sondern auch Aspekte der Früherkennung, der betrieblichen Prävention und der Nachsorge umfassend dargestellt. Die Massnahmen wurden mit unterschiedlichen Fachpersonen aus der Verwaltung des Kantons Bern erarbeitet. Mitgewirkt hat auch Daniel Iseli von der BFH.

Die Website ist öffentlich zugänglich:
www.fin.be.ch/fin/de/index/personal/anstellungsbedingungen/bedrohungen

Kursangebote der BFH

Umgang mit aggressivem Verhalten [neu]

Früherkennung von kritischen Situationen beim Kontakt mit Kundinnen und Kunden
7. September 2015

Deeskalative Gesprächsführung [neu]

Abbau von Spannungen in schwierigen Gesprächen
26. November 2015

Weitere Informationen und Anmeldung

soziale-arbeit.bfh.ch

Web-Code: K-MED-154 und K-MED-155

Aktuelles

Weiterbildung

Neu: Konflikte lösen im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum ist bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt, was aber zu unerwünschten Nebenerscheinungen wie Sachbeschädigungen, Suchtmittelkonsum und Gewalt führen kann. Gelingt es, diese Konflikte konstruktiv zu lösen, verbessert dies das soziale Klima in einem Quartier oder Dorf und fördert die Integration von Kindern und Jugendlichen in das Gemeinwesen. Im Kurs wird aufgezeigt, wie Konflikte mit sozialen, pädagogischen und partizipativen Methoden konstruktiv gelöst und begleitet werden können.

Weitere Informationen und Anmeldung:
soziale-arbeit.bfh.ch, Web-Code: K-SSA-7

Dienstleistung

Qualitäts- und Leistungscheck (QLS) für Sozialdienste

Die BFH hat den QLS bisher in zehn Sozialdiensten des Kantons Bern im Auftrag der Kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion durchgeführt. Im Vergleich zwischen Bonus- und Malus-Sozialdiensten zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten. Die BFH hat daraus erste Handlungsempfehlungen abgeleitet, die im Magazin «Sozial Aktuell» (7/8, 2015) publiziert worden sind.

Den Artikel zum Download
soziale-arbeit.bfh.ch/dienstleistungen >
Publikationen, Soziale Organisation

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema strategisches und operatives Management sowie Führung		
Fachkurs Konfliktmanagement	Oktober 2015 bis Juni 2016	K-MED-55
Projektmanagement	10./11. März und 9./10. Juni 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-SPE-11
Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das?	9. und 25. Mai 2016, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-23
Kurse zum Thema Schulsozialarbeit		
Neue Medien in der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit [neu]	14. September 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-SSA-5
Vielfalt an Schulen als Ressource (an-)erkennen und einsetzen [neu]	22./23./24. Oktober 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-SSA-6
Schulsozialarbeit in Kindergarten und Unterstufe [neu]	9./10. November 2015, 8.45–17.15 Uhr	K-SSA-4
Prozessgestaltung von Familienberatung in der Schulsozialarbeit	nächste Durchführung 2016	K-SSA-1
Konflikte lösen im öffentlichen Raum [neu]	18./19. Januar 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-SSA-7
Beziehungen – Liebe – Sexualität	2. Mai 2016, 9.00–16.45 Uhr	K-SSA-3
Einführung in die Schulsozialarbeit	August bis November 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-SPE-16
Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln	24./25. August 2016, 9.00–16.45 Uhr	K-EKS-9
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Führungskompetenzen	Mai 2016 bis März 2017	C-SOZ-3
CAS Change Management	nächster Start Herbst 2016	C-SOZ-7
CAS Konfliktmanagement	Einstieg mit dem Fachkurs Konfliktmanagement	C-SOZ-8
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Integratives Management	Einstieg mit jedem CAS-Studiengang möglich	M-MAN-1
Infoveranstaltung		
Infoveranstaltung CAS Change Management, CAS Führungskompetenzen, MAS Integratives Management	1. September 2015, 17.30–19.00 Uhr	IW-MAN-5

soziale-arbeit.bfh.ch

Armutsrisiken im jungen Rentenalter nehmen zu



Luzius von Gunten
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
luzius.vongunten@bfh.ch



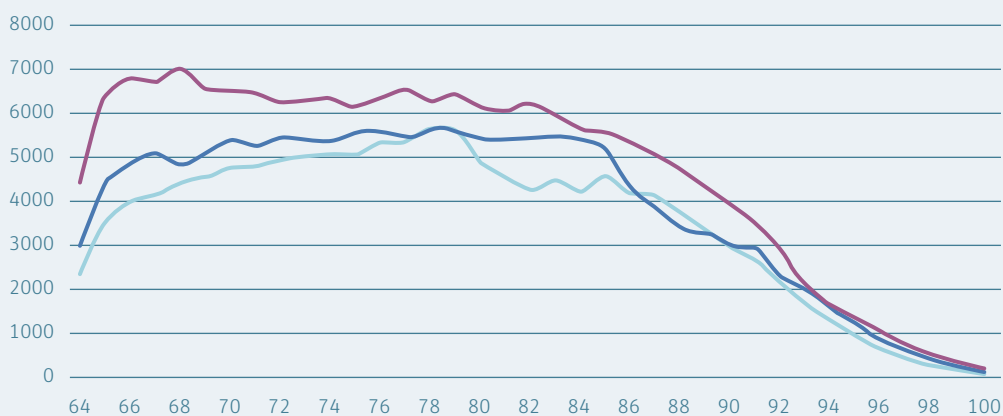
Prof. Dr. Robert Fluder
Dozent
robert.fluder@bfh.ch

In den letzten 15 Jahren ist das Armutsrisiko im Alter aufgrund von Vorsorgelücken deutlich gestiegen. Ursachen dafür sind Brüche in der Familienbiografie und prekarierte Erwerbsverläufe, die immer häufiger auftreten. Die BFH hat die Risiken für Altersarmut in einem Forschungsprojekt genauer untersucht.

Das System der Altersvorsorge wurde in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Einführung der AHV 1947 und der Verankerung des Drei-Säulen-Prinzips in den 70er-Jahren aufgebaut. Bis heute hat die Altersvorsorge einen auch im internationalen Vergleich hohen Leistungsstand erreicht und gewährleistet einem grossen Teil der Bevölkerung in der Schweiz eine hohe materielle Sicherheit im Alter. Trotzdem liegt die Altersarmut gemäss EU-Statistik im europäischen Durchschnitt. Und trotz des Ausbaus der Alterssicherung in den 70er- und 80er-Jahren und den Anpassungen

zugunsten der Vorsorgesituation der Frauen in den 90er-Jahren hat der Anteil der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV in den letzten 15 Jahren von 11,3% auf 12,2% leicht zugenommen. 2013 wurden rund 180 000 Personen mit EL unterstützt (BSV 2014), weil ihr Einkommen aus der Altersvorsorge nicht ausreichte. Diese leben mit nur bescheidenen finanziellen Mitteln am Rande zur Armut. Die EL-Quote ist somit auch ein Indikator für die (bekämpfte) Altersarmut in der Schweiz.

Grafik 1: Anzahl EL-Beziehende nach Alter und Jahr



Quelle: EL-Statistik, eigene Berechnungen

■ 1999 ■ 2005 ■ 2012

Im Projekt zur Existenzsicherung im Alter wurde die Frage untersucht, wie sich das Armutsrisiko im Alter in den letzten 15 bis 20 Jahren verändert hat und welche Gruppen davon betroffen sind. Ein besonderes Augenmerk wurde auf Ereignisse und Konstellationen in den Lebensverläufen der Rentnerinnen und Rentner gelegt, die ein Risiko für eine nicht ausreichende Existenzsicherung im Alter sind.

Um die Entwicklung der Risiken für Altersarmut aufgrund von Vorsorgelücken zu untersuchen, wurden im Forschungsprojekt die Neurentnerinnen und -rentner von 1999, 2005 und 2012 miteinander verglichen. Mit Neurentnerinnen und -rentner wird jene Altersgruppe von AHV-Beziehenden umschrieben, die jünger als 70 Jahre sind. Anhand von Gesprächen mit Betroffenen und einem qualitativen Design wurden zudem Konstellationen von Ereignissen im Lebensverlauf, die zum EL-Bezug führten, analysiert.

Zunehmender Bedarf an Ergänzungsleistungen

Grafik 1 zeigt die Zahl der EL-Beziehenden nach Alter der Jahre 1999, 2005 und 2012. Ab dem 80. Altersjahr sinkt die Anzahl EL-Beziehender bedingt durch die steigende Mortalität. Auffallend ist, dass die Zahl der EL-Beziehenden v.a. bei den Altersgruppen unter 80 Jahren in den letzten 15 Jahren zugenommen hat. Besonders ausgeprägt ist die Zunahme bei den unter 70-jährigen AHV-Beziehenden 2012. Ursachen dafür ist einerseits die demografische Alterung (Baby-Boomer kommen ins Rentenalter) und andererseits hat auch das EL-Risiko bei diesen Kohorten in den letzten 15 Jahren als Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zugenommen.

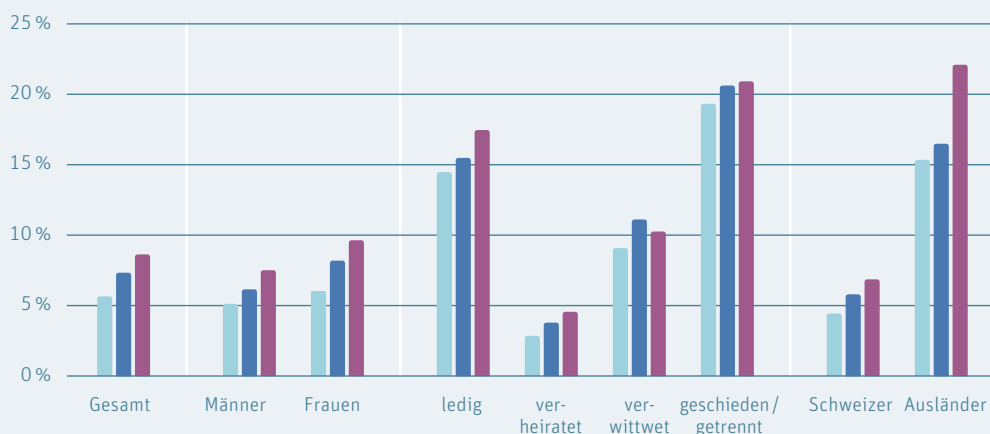
Wenn die Zahl der Personen mit EL als Anteil an allen AHV-Beziehenden ausgewiesen wird, so zeigt sich, dass die jüngste AHV-Generation (unter 70 Jahren) im Vergleich zu den älteren ein viel geringeres EL-Risiko hat: Während die über 80-Jährigen 2012 eine EL-Quote von rund 19,1% aufweisen sind es bei den unter 70-Jährigen nur 8,6%. Diese Zunahme der EL-Quote lässt sich mit der Pflegebedürftigkeit im Alter erklären: Oft können die hohen Pflegekosten nur dank der Unterstützung durch die EL finanziert werden.

Die EL-Quote der neuen AHV-Beziehenden (bis 70 Jahre) zeigt an, wie hoch das Risiko der Altersarmut ist und wie sich dieses in den letzten 15 Jahren verändert hat. Die EL-Quote von 5,9% im Jahr 1999 hat bis 2012 auf 8,6% zugenommen. Menschen im Pensionierungsalter haben aufgrund von Risiken im Laufe ihrer Erwerbs- und Lebensbiografie demnach zunehmend Vorsorgelücken. Zum einen wurden die Arbeitsverhältnisse unsicherer und prekäre Arbeitsbedingungen wie temporäre Anstellungen, Anstellungen mit einem nur geringen Beschäftigungsgrad oder mit tiefen Löhnen haben zugenommen. Zum anderen wurden die Lebensverhältnisse vielfältiger und das Modell der traditionellen Familie zunehmend brüchig und instabil.

Unterschiedliche Betroffenheit

Die Zunahme der EL-Quote kann mit Ausnahme der Verwitweten bei allen in der Grafik 2 ausgewiesenen Gruppen festgestellt werden. Bei den verwitweten Neurentnerinnen und -rentnern ist die Quote sogar leicht rückläufig. Auffallend ist aber, dass die EL-Quote nach Geschlecht, Zivilstand und Nationalität sehr unterschiedlich ist. Überdurchschnittlich hoch ist die

Grafik 2: EL-Quoten der AHV-Neurentnerinnen und -Neurentner nach soziodemografischen Merkmalen



Quelle: EL-Statistik, AHV-Rentenregister; eigene Berechnungen

EL-Quote bei Ausländern, Geschiedenen, Ledigen und Frauen. Besonders ausgeprägt ist auch die Zunahme bei den Personen ausländischer Herkunft. Personen der Migrationswelle der 60er- und Anfang der 70er-Jahre, die oft in wenig qualifizierten Jobs am untersten Ende der Jobhierarchie beschäftigt waren, sind ab 1999 ins Rentenalter gekommen und weisen oft erhebliche Vorsorgelücken auf.

Besonders gravierend sind Situationen, wenn verschiedene Risiken zusammenfallen: So ist das EL-Risiko bei geschiedenen Ausländern (35,4%), geschiedenen Schweizer Frauen (21,4%) und ledigen Schweizer Männern (19%) ausgesprochen hoch.

Der Vergleich der sozioprofessionellen Gruppen in Grafik 3 beruht auf den Survey-Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Weil in Befragungsdaten Personen mit tiefen (und hohen) Einkommen generell untervertreten sind und die Verknüpfung mit den EL-Daten nicht vollständig möglich ist, ist die Höhe der ausgewiesenen EL-Quote generell tiefer als die in Grafik 2 ausgewiesene EL-Quote. Das Risiko unterscheidet sich, je nach Branche, in der eine Person vor der Pensionierung beschäftigt war. Beschäftigte aus Berufen des Bau- und Gastgewerbes, der persönlichen Dienstleistungen, dem Detailhandel und Verkehrswesen sowie in der industriellen Produktion haben ein erheblich höheres EL-Risiko, als solche, die in anderen Berufen gearbeitet haben. In diesen Bereichen sind Arbeitsverhältnisse mit atypischen, prekären Anstellungsverhältnissen und tiefen Löhnen besonders verbreitet. Besonders stark betroffen sind Neurentnerinnen und Neurentner ohne berufliche Ausbildung: Ihre EL-Quote ist doppelt so hoch wie bei Personen mit einer Berufsausbildung. Sowohl der Berufs- als auch der

Bildungshintergrund haben 2012 tendenziell einen stärkeren Einfluss auf das EL-Risiko als noch 2005.

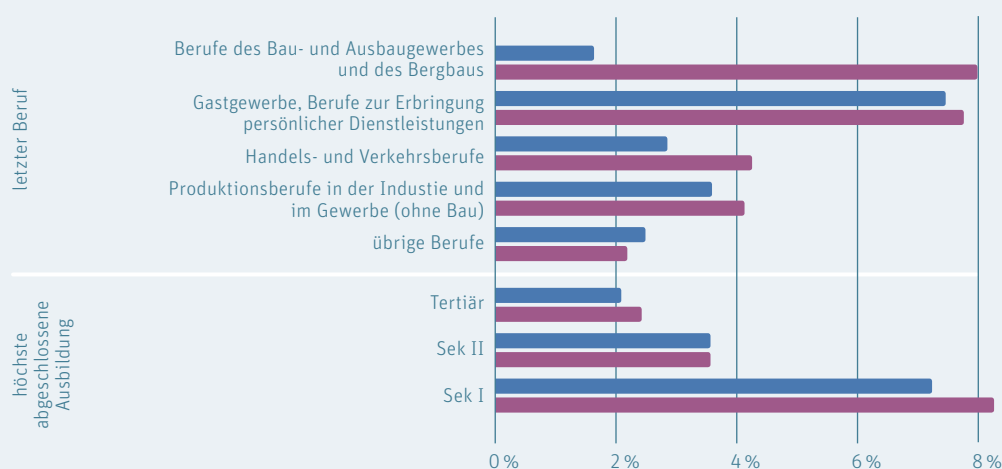
Anmerkungen: nur Fallträger sind in den Daten repräsentiert, bei Mehrpersonenhaushalten können daher mitunterstützte Personen nicht berücksichtigt werden (dies betrifft insbesondere Ehepartnerinnen); Zahlen in Klammer bedeuten $N < 50$.

Kritische Lebensverläufe

Vorsorgelücken und das Risiko von Altersarmut sind oft durch kritische Lebensereignisse bedingt. Die identifizierten Risiken wurden anhand von biografischen Interviews vertieft untersucht. Dabei zeigen sich typische Verläufe mit einem hohen Risiko.

Typische Erwerbsverläufe von Frauen sind charakterisiert durch eine Beschäftigung im Tieflohnbereich mit oftmals prekären Arbeitsbedingungen, Unterbrüchen aufgrund von Erziehungspflichten oder Phasen mit einem nur geringen Beschäftigungsumfang. Diese haben deshalb oft gravierende Vorsorgelücken zur Folge. Aufgrund der häufig noch traditionellen Rollenteilung übernehmen Frauen einen grossen Teil der Care-Arbeit und weisen deshalb längere Erwerbsunterbrüche auf oder können nur sehr eingeschränkt einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei Trennung oder Scheidung, besonders wenn Kinder vorhanden sind oder der bisherige Partner beruflich in einer prekären Situation ist, ist ihre Existenzsicherung im Alter besonders bedroht.

Grafik 3: EL-Quoten der AHV-Neurentnerinnen und -Neurentner nach sozioprofessionellen Merkmalen



Quelle: SESAM, eigene Berechnungen

Ein hohes Risiko birgt ferner eine berufliche Selbstständigkeit, die nicht erfolgreich verläuft. In diesen Fällen konnte während der Phase der Selbstständigkeit keine berufliche Vorsorge aufgebaut werden und das bereits vorhandene Kapital der beruflichen Vorsorge wurde oft in das eigene Geschäft investiert. Gesundheitliche Probleme oder schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind häufig Ursache für das Scheitern der selbstständigen Erwerbstätigkeit.

Ein weiterer kritischer Verlauf ist das frühzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, das oft mit Problemen in der zweiten Erwerbsphase zusammenhängt. Vor allem wenn eine frühzeitige Pensionierung durch gesundheitliche Probleme, Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfeabhängigkeit bedingt war, kann dies zu erheblichen Vorsorgelücken führen.

Häufig gesundheitliche Probleme

Eine bereits im Erwerbsleben beeinträchtigte Gesundheit ist ein massgeblicher Einflussfaktor für das Risiko, EL beziehen zu müssen. Bei Personen, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzen ist die EL-Quote massiv tiefer im Vergleich zu Personen, die ihre Gesundheit als schlecht einschätzen. So geben rund 60% der EL-beziehenden Neurentnerinnen und -rentner an, keinen guten Gesundheitszustand zu haben. Betrachtet man alle AHV-Beziehenden, liegt dieser Anteil bei 25%.

Rund 50% der EL-beziehenden Neurentnerinnen und -rentner haben vor der Pensionierung eine IV-Rente bezogen. Die Hälfte der EL-Quote und auch die Zunahme der letzten Jahre ist bedingt durch frühere IV-Rentnerinnen und -Rentner. Somit ist ein Teil des Anstiegs der EL-Quote bei den jungen AHV-Rentnern und -Rentnerinnen bedingt durch die Fallzunahme bei der Invalidenversicherung in den 90er- und frühen 2000er-Jahren.

Die Wichtigkeit von gesundheitlichen Problemen als Risiko für Altersarmut zeigt sich deutlich bei den biografischen Interviews. Oftmals waren es von der IV nicht anerkannte gesundheitliche Probleme, die zu einer Abhängigkeit von Arbeitslosengeldern und Sozialhilfe führten und schliesslich Lücken bei der Altersvorsorge zur Folge hatten.

Risiko einer mangelhaften Vorsorge im Fokus

Es zeigt sich somit ein zunehmendes Risiko von Vorsorgelücken, das mit veränderten Lebensumständen aufgrund des wirtschaftlichen Wandels und veränderten Lebensformen zusammenhängt. Dabei sind es die gleichen Risikofaktoren, die bereits während des Erwerbslebens zu Armut führen, die auch für die Altersarmut bedeutsam sind. Armut setzt sich dann im Alter fort. Armutsprävention bei Personen im Erwerbsalter ist deshalb auch für die Existenzsicherung im Alter äusserst wichtig.

In der Debatte um die Zukunft der Altersvorsorge in der Schweiz spielt das Thema der Altersarmut kaum eine Rolle. Ergänzungsleistungen werden vor allem im Zusammenhang mit den Herausforderungen in Bezug auf die Pflegefinanzierung diskutiert. Die Resultate der Untersuchung legen jedoch nahe, den Fokus dieser Debatte auch auf die Entwicklung der steigenden Armutsrisiken bei Neurentnerinnen und -rentnern zu legen. Mittels eines systematischen Armuts- und Ungleichheitsmonitorings müsste diese Entwicklung längerfristig verfolgt werden, um rechtzeitig geeignete Massnahmen entwickeln zu können. ●

Von Gunten, Luzius; Zürcher, Pascale; Pulver, Caroline; Fluder, Robert & Koch, Kilian (2015): Existenzsicherung im Alter. Risikofaktoren und Ursachen für EL-Bezüge bei AHV-Neurentner und -Neurentnerinnen. Bern: Berner Fachhochschule.

Der Schlussbericht steht als Download zur Verfügung unter: soziale-arbeit.bfh.ch/forschung > Publikationen > Soziale Sicherheit

Datenbasis des Projekts

Im Forschungsprojekt zur Existenzsicherung im Alter werden Entwicklung und Gründe für die EL-Abhängigkeit anhand von drei Datenquellen untersucht:

- Statistik der Ergänzungsleistungen (EL-Statistik): Darin enthalten sind Informationen zu allen EL-Beziehenden über Leistungen und Ausgaben sowie soziodemographische Merkmale
- Synthese Erhebung Soziale Sicherheit und Arbeitsmarkt (SESAM): Dies sind Daten eines regelmässigen Surveys (Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE), die mit Daten aus den Sozialversicherungsregistern verknüpft sind. Die Daten enthalten eine Vielzahl von Informationen zu den Befragten, insbesondere zum beruflichen Hintergrund. Diese Daten wurden ergänzend zum Datensatz der EL-Statistik verwendet.
- Interviewdaten: Für die Informationen zu Lebensverläufen und kritischen Lebensereignissen wurden 15 biografische Interviews mit EL-Beziehenden aus der Region Bern durchgeführt.

Eine neue Ära beginnt



Michelle Beyeler



Robert Fluder

Interview

Denise Sidler Kopp
Kommunikation
denise.sidler@bfh.ch

Robert Fluder, langjähriger Mitarbeiter des Fachbereichs Soziale Arbeit, Vollblutsoziologe und Experte zu Fragen der Sozialen Sicherheit, geht in Teilpension. Ganz will er seine Leidenschaft, die Forschung, noch nicht aufgeben. Seine Nachfolgerin, Michelle Beyeler, steht Robert Fluder in punkto Leidenschaft für die Forschung zur Sozialen Sicherheit in nichts nach.

Robert Fluder, wie sind Sie zum Forschungsthema Soziale Sicherheit gekommen?

Robert Fluder: Eigentlich war das eher Zufall, weil Fragen der Sozialen Sicherheit während meines Soziologiestudiums nicht im Fokus standen. Nach dem Studium habe ich in einem Nationalfonds-Projekt über die AHV gearbeitet. Das war der erste Kontakt mit dem Thema. Danach habe ich im Bereich der Gemeinde-soziologie und über eine längere Zeit über Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen geforscht. Dies hat am Rande auch mit Sozialer Sicherheit zu tun. Schliesslich folgte ein Projekt über das kommunale Sozialwesen, in dem ich mich intensiv mit Sozialhilfe auseinandergesetzt habe. Über dieses Projekt bin ich zum Bundesamt für Statistik (BFS) gekommen: Das BFS beabsichtigte damals eine neue Sektion mit Statistiken der Sozialen Sicherheit aufzubauen und suchte einen Leiter dafür. Nach vielen Jahren an der Universität reizte mich diese Stelle sehr, zumal der Wissensstand zu diesen Themen damals noch sehr tief war. Beim BFS war ich unter anderem verantwortlich für den Aufbau der Sozialhilfestatistik, der Gesamtrechnung Soziale Sicherheit und für die Indikatoren zu den Working Poor.

Worin liegt für Sie die Faszination?

Fluder: Soziale Sicherheit ist ein genuin gesellschaftspolitisches Thema. Es befasst sich mit der Klammer, die eine Gesellschaft zusammenhält. Institutionen der Sozialen Sicherheit sind aus Konflikten heraus entstanden und aus der Erkenntnis heraus, dass es Gegenmassnahmen braucht, um das Auseinanderdriften einer Gesellschaft zu verhindern. Die Fragen, wie eine Gesellschaft funktioniert, was sie zusammenhält, welche Kräfte sie auseinanderdriften lassen, haben mich schon immer interessiert. Auch heute noch drehen sich die wesentlichen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um Fragen der Sozialen Sicherheit.

Das Thema war früher aktuell und ist es heute noch. Wird Soziale Sicherheit immer wichtig bleiben?

Fluder: Ja, ich glaube, dass das Thema immer aktuell bleiben wird. Weil es den Kern des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft. Die Gesellschaft verändert sich. Entsprechend müssen sich die Institutionen und ihre Funktionen immer wieder anpassen. Diese Anpassungsprozesse bringen Konflikte und Auseinandersetzungen mit sich.

Wenn Sie nun Bilanz ziehen: Welches sind Ihre zentralen Erkenntnisse aus so vielen Jahren Forschung?

Fluder (lacht und überlegt): Das ist eine ziemlich schwierige Frage. Eine zentrale Erkenntnis ist wohl, dass die Institutionen der Sozialen Sicherheit äusserst wichtig sind und wichtig bleiben. Ursprünglich dachte man, in einer prosperierenden Gesellschaft, in der alle über genügendes Einkommen verfügen, würden diese an Bedeutung verlieren. Das ist aber nicht so. In den letzten Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass diese Institutionen immer wichtiger wurden, trotz der Prosperität. Gut funktionierende Institutionen der Sozialen Sicherheit sind zentral für das Funktionieren einer Gesellschaft und deren Integration. Es braucht auch die Fähigkeit, immer wieder gesellschaftliche Kompromisse und Lösungen zu finden.

Die eine richtige Lösung lässt sich nicht einfach aus dem Hut zaubern, oder?

Fluder: Nein. Es gibt immer verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Wenn wir uns heute auf der grünen Wiese bewegen würden, wären andere Lösungen möglich. Aber natürlich gibt es immer Rahmenbedingungen, bereits Bestehendes, die politischen Kräfteverhältnisse und eine Vielfalt von Interessen. Man muss in diesem Rahmen das Optimum finden, was nicht immer leicht ist.

Michelle Beyeler: Das Gute für uns ist: Gerade weil es so komplex ist, braucht es viel Forschung.

Fluder: Ja, das ist so. Nicht nur werden die Institutionen immer komplexer, auch die Problemlagen werden immer komplexer. Lebenslagen und Problemfelder der Menschen werden vielfältiger und Mehrfachproblematiken nehmen zu. Darum braucht es zunehmend Wissen und Forschung zum Thema.

«In den letzten Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass Institutionen der Sozialen Sicherheit immer wichtiger wurden, trotz der Prosperität.»

Robert Fluder

Wie haben das Forschen und die vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Themen Sie als Person geprägt?

Fluder: Für mich ist ganz klar: Das Sein prägt das Bewusstsein. Die Arbeitserfahrung, die Arbeitswelt und die eigene Position darin prägen die persönliche Entwicklung enorm. Vielleicht ist diese Entwicklung aber von aussen einfacher zu beobachten als aus der eigenen Sicht. Ich bin für Fragestellungen rund um die Soziale Sicherheit sensibler geworden. Das soziologische Denken prägt die Art und Weise, wie man die Umwelt wahrnimmt, wie man Probleme wahrnimmt. Die Verankerung im gesellschaftlichen Umfeld, die Verankerung in Strukturen, deren Wirkung – ich verorte Probleme vermutlich viel stärker dort als ein Psychologe.

Sie sind seit Anfang 2007 an der BFH. 2015 nun hat die BFH die Soziale Sicherheit zu einem wichtigen disziplinen- und fachbereichsübergreifenden Forschungsschwerpunkt erklärt und ein BFH-Zentrum gegründet. Sie haben in den Jahren zuvor massgeblich dazu beigetragen, dass es so weit kommen konnte: Können Sie uns erzählen, welches die wichtigsten Etappen auf diesem Weg waren?

Fluder: Als ich an der BFH angefangen habe, war die Forschung ganz anderes ausgerichtet. Sucht- und Delinquenzforschung standen im Fokus. Ich hatte den Auftrag, die Forschung stärker mit den Aufgaben der Sozialen Arbeit abzustimmen. Dafür haben wir ein Forschungskonzept entwickelt und parallel dazu ein qualifiziertes und motiviertes Team aufgebaut, das mit den Jahren weiter gewachsen ist und immer interdisziplinärer wurde. Die Mitarbeitenden kamen aus der Ökonomie, Soziologie, Politologie, Psychologie, der Sozialen Arbeit und der Ethnologie. Nach einigen organisatorischen Umbrüchen hat sich in letzter Zeit eine Stabilität eingestellt, eine Konsolidierung des Know-hows, des Wissens und der Ausstrahlung nach aussen. Das war ein langer und zum Teil auch nicht einfacher Prozess. Es ist für mich deshalb eine grosse Genug-tuung, dass die Entwicklung nun in einem BFH-Zentrum mündet und dass die ursprüngliche strategische Ausrichtung übernommen wurde.



Robert Fluder wurde 2007 als Leiter der Forschungsabteilung des Fachbereichs Soziale Arbeit angestellt, die er bis 2011 aufbaute. Danach leitete er den Schwerpunkt Soziale Sicherheit. Er promovierte in Soziologie an der Universität Zürich. Nach langjähriger Forschungstätigkeit an der Universität Zürich war er zehn Jahre lang beim Bundesamt für Statistik Leiter der Sektion Soziale Sicherheit.

Sie haben also schon von Beginn an auf Interdisziplinarität gesetzt, wie es nun auch Programm ist beim BFH-Zentrum. Ist Soziale Sicherheit per se interdisziplinär?

Fluder: Ja, Soziale Sicherheit ist ein interdisziplinäres Fachgebiet. Das war von Anfang an klar und gehörte schon immer in die strategische Ausrichtung. Man kann dies verschieden lösen: In Kooperation mit verschiedenen Fachbereichen, aber manchmal ist es einfacher, wenn man die Interdisziplinarität im Team selbst hat.

Per August 2015 haben Sie die Leitung des Schwerpunkts Soziale Sicherheit des Fachbereichs Soziale Arbeit abgegeben. Wie gehen Sie damit um, das Zepher nun an Michelle Beyeler zu übergeben?

Fluder: Ich bin ja weiterhin mit einem Teilpensum am Fachbereich Soziale Arbeit tätig. Ich freue mich, dass ich nicht einen vollständigen Schnitt machen musste, sondern dass die Zusammenarbeit weitergeht. Ich bin auch sehr froh, dass eine Person die Leitung übernimmt, die sehr kompetent ist und die aus einer ähnlichen Tradition kommt. Natürlich sind meine Gefühle auch ambivalent: Man muss loslassen und sich auf Neues einlassen können, ohne zu wissen, was es mit einem macht. Aber ich kann mich nun stärker als vorher auf einzelne Projekte und auf die Inhalte konzentrieren.

«Es ist für mich deshalb eine grosse Genugtuung, dass die Entwicklung nun in einem BFH-Zentrum mündet und dass die ursprüngliche strategische Ausrichtung übernommen wurde.»

Robert Fluder

Michelle Beyeler, wie ist es für Sie, in die grossen Fussstapfen von Robert Fluder zu treten?

Beyeler: Ja, die Fussstapfen sind gross, das sehe ich auch so. Es ist in relativ kurzer Zeit wahnsinnig viel aufgebaut worden. Mein primäres Ziel ist daher auch, dass man dies erhalten kann, dass man das Niveau halten kann. Vor dieser Aufgabe habe ich natürlich den nötigen Respekt. Das kompetente Team, das die ganze Aufbauarbeit mitgestaltet hat, ist aber weiterhin da. Und darüber bin ich sehr glücklich. Insbesondere schätze ich auch, dass Robert Fluder ein Teil des Teams bleibt und wir so weiter von seinen Kompetenzen und Erfahrungen profitieren können.

Wie sind Sie zum Thema Soziale Sicherheit und Sozialpolitik gekommen?

Beyeler: Ich habe bereits während des Studiums als studentische Mitarbeiterin bei einem Professor gearbeitet, der zu diesen Themen geforscht hat. Eine meiner ersten Aufgaben war damals, einen grossen Datensatz für OECD-Vergleiche über Sozialpolitik zusammenzu-



Michelle Beyeler ist seit 2015 Dozentin am Fachbereich Soziale Arbeit. Sie studierte und doktorierte in Politikwissenschaft an der Universität Bern. 2013 habilitierte sie in Zürich. Seit August hat sie am Fachbereich Soziale Arbeit die Leitung des Schwerpunkts Soziale Sicherheit inne.

stellen. Als Doktorandin konnte ich bei einer europäischen COST-Action in dem Bereich mitmachen. Das Thema ist mir sehr ans Herz gewachsen. Auch weil die Interdisziplinarität, die Robert Fluder vorher erwähnte, in diesem Bereich sehr ausgeprägt ist: Es wird sehr zielorientiert miteinander zusammengearbeitet, die Sache steht im Mittelpunkt. Das ist in anderen Forschungsrichtungen nicht unbedingt gegeben. Das hat mich auch darin bestärkt, mich wieder mehr der Sozialpolitik zuzuwenden, nachdem ich mich eine Zeit lang mit sozialen Bewegungen auseinandergesetzt hatte.

Ich freue mich auch auf die Weiterentwicklung des Forschungsgebiets im Rahmen des BFH-Zentrums Soziale Sicherheit. Dieses deckt die Breite und Interdisziplinarität der Forschung im Themenbereich gut ab. Das ist eine spannende Ausgangslage.

«Es geht darum, Forschende in wichtigen Bereichen auszubilden, Möglichkeiten für Forschungskarrieren zu bieten. Es geht auch darum, Erkenntnisse direkt in die Lehre und in die Weiterbildung einfließen zu lassen.»

Michelle Beyeler

Welche Akzente möchten Sie künftig setzen, sowohl mit dem Schwerpunkt Soziale Sicherheit im Fachbereich Soziale Arbeit als auch mit der Mitarbeit im BFH-Zentrum?

Beyeler: Ich möchte die Ausrichtung natürlich nicht grundsätzlich ändern, wie ich schon sagte. Aber es ist klar, dass ich ein anderes Netzwerk mitbringe, ein Stück weit auch andere Themen. Partiiell werden wir vielleicht Projekte durchführen, die vorher nicht durchgeführt worden wären. Doch die grundsätzliche Ausrichtung bleibt bestehen. Ausbauen möchte ich die Kompetenzen in den vergleichenden Analysen. Das ist zentral im Gebiet der Sozialen Arbeit, gerade im Hinblick auf die aktuelle Debatte über die kantonalen Sozialhilfesysteme und die Unterschiede in den Gemeinden.

Im BFH-Zentrum Soziale Sicherheit gibt es ein Schwerpunktthema «Generationenbeziehungen und Familienpolitik», in dem ich mich mit meinen Kompetenzen einbringen kann.

Ein grosses Anliegen ist mir die Nachwuchsförderung. Wenn man an der Fachhochschule forscht, ist das kein Selbstzweck und nicht blosses Erfüllen von Forschungsaufträgen. Es geht darum, Forschende in wichtigen Bereichen auszubilden, Möglichkeiten für Forschungskarrieren zu bieten. Es geht auch darum, Erkenntnisse direkt in die Lehre und in die Weiterbildung einfließen zu lassen.

Beim BFH-Zentrum besteht die grosse Herausforderung darin, eine Identität zu entwickeln, ein gemeinsames Verständnis und eine Zusammenarbeit auch über organisationale Grenzen hinweg. Ein Ziel wird sein, mit Forscherinnen und Forschern aus anderen Abteilungen die Zusammenarbeit zu suchen und die Kontakte zu pflegen. Eine gute Beziehung ist der beste Motor für eine gelingende Zusammenarbeit. ●



Kommentar

Tragfähige Ideen und ausdauernde Arbeit – eine Würdigung von Robert Fluders Schaffen an der BFH

Ende Frühlingssemester 2015 lässt sich Robert Fluder teilpensionieren und übergibt die Leitung des Schwerpunkts Soziale Sicherheit an Michelle Beyeler. Er wird mit einem reduzierten Pensum weiterhin für die BFH als Forscher tätig bleiben. Robert Fluder war an der BFH in mehrerer Hinsicht prägend: Es war seine Idee, einen Forschungsschwerpunkt Soziale Sicherheit und Integration zu schaffen. Diese Idee hat sich als äusserst tragfähig erwiesen: Soziale Sicherheit mit ihren verschiedenen Institutionen deckt insbesondere mit der Sozialhilfe zentrale Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit ab. Dadurch ist das Thema anschlussfähig für die Soziale Arbeit als Profession und sorgt gleichzeitig für die Verankerung des Forschungsschwerpunkts in der Praxis des Sozialwesens. Das Thema weist jedoch über die Soziale Arbeit und das Sozialwesen hinaus. Es ist Arbeitsfeld vieler weiterer Berufe insbesondere im Gesundheitsbereich. Das Thema Soziale Sicherheit verlangt danach, sich aus einer interdisziplinären, interprofessionellen und intersektoralen Perspektive mit ihr auseinanderzusetzen. Was 2007 klein begann ist heute eine Forschungsgruppe aus ungefähr 30 Personen. Die Beiträge im Magazin «impuls» zeugen von der Breite der Themen, die im Rahmen der Sozialen Sicherheit untersucht werden. 2014 war ein besonderer Erfolg zu verzeichnen: Das Thema Soziale Sicherheit wurde unter anderen ausgewählt, der Forschung der BFH ein klares thematisches Profil zu geben. Im Frühjahr 2015 konnte das BFH-Zentrum Soziale Sicherheit eingeweiht werden (siehe Seite 4 bis 12 in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.). Der langjährige Aufbau trägt Früchte. Wir Kolleginnen und Kollegen von Robert Fluder werden die Arbeit in seinem Sinn und Geiste weiterführen und wünschen Robert Fluder alles Gute für die nächste Lebensphase.

Prof. Dr. Martin Wild

Leiter BFH-Zentrum Soziale Sicherheit
martin.wild@bfh.ch

Aktuelles

Weiterbildung

Neu: Selbstkompetenzen stärken

Zentrale Sinn- und Lebensbereiche auszubalancieren ist eine nötige Kernkompetenz, um die steigenden Anforderungen und den raschen Wandel in der Berufswelt zu bewältigen. Folgende Fragen sind dabei zentral: Wie kann ich mich schneller erholen, wie den Stress effektiver bewältigen und langfristige Leistungsreserven aufbauen?

Führungs- und Fachpersonen der Sozialen Arbeit sind mit dem Anliegen an die BFH gelangt, in diesem Bereich ein Weiterbildungsangebot zu entwickeln. Im Kurs, der nun ausgeschrieben ist, reflektieren die Teilnehmenden ihre Arbeitsmethodik, ihr Zeit- und Ressourcenmanagement. Dabei analysieren sie ihren Arbeitsstil und entwickeln Strategien zur besseren Nutzung ihrer Stärken und gegen ihre wichtigsten Zeit- und Energiefresser. Der Kurs dauert vier Tage und richtet sich an alle am Thema interessierten Personen. Mit Rainer Portmann konnte ein ausgewiesener Kursleiter gewonnen werden. Der Kurs findet zum ersten Mal statt am 22./23. März und 26./27. Mai 2016.

Weitere Informationen und Anmeldung:
soziale-arbeit.bfh.ch, Web-Code: K-MET-17

Forschung

Erben in der Schweiz

Und plötzlich ist da ein verschollen geglaubter Onkel aus Übersee, der testamentarisch Millionen vermacht, die ein Leben in Saus und Braus ermöglichen. Ein Traum? Die BFH und die Universität Bern haben die Steuerdaten des Kantons Bern ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass in Bern beträchtliche Summen vererbt und verschenkt werden. Jährlich sind es über 2,5 Milliarden CHF. Die Wahrscheinlichkeit, jemals eine Erbschaft oder Schenkung von 1 Million CHF oder mehr zu erhalten, liegt jedoch bei lediglich 2,5 Prozent.

Erbschaften und Schenkungen sind extrem ungleich verteilt. Grössere Erbschaften und Schenkungen gehen in erster Linie an diejenigen, die bereits zuvor die höchsten Einkommen und grössten Vermögen aufweisen. Vor allem vermögende Personen kurz vor oder nach dem Rentenalter profitieren von den Erbschaften.

Auf der Website inequalities.ch > Publikationen sind die neusten Resultate zur Vermögensverteilung und der Bedeutung von Erbschaften verlinkt, die im Rahmen des Forschungsprojekts «Ungleichheit in der Schweiz» publiziert wurden.

Evaluation des Case-Management-Projekts «BerufsWegBereitung»

Die Quote der Jugendlichen mit Berufsbildung zu erhöhen ist vielen Kantonen ein grosses Anliegen. Dafür haben sie verschiedene Angebote ausgebaut, die Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollen. Eines davon ist das Case Management-Projekt «BerufsWegBereitung», das der Kanton Basel-Landschaft 2009 eingeführt hat. Nachdem die BFH bereits die Case Management-Projekte in den Kantonen Zürich, Solothurn und Basel-Stadt evaluierte, hat nun auch der Kanton Basel-Landschaft den Auftrag für die Evaluation ihres Projekts an die BFH vergeben.

Die Evaluation geht der Frage nach, inwiefern das Projekt zu einer Erhöhung der Berufsbildungsquote bei Jugendlichen geführt hat und welche weiteren, nicht intendierten Wirkungen das Projekt hatte. Zudem evaluiert das Projektteam die inner- und interkantonale Zusammenarbeit und beurteilt das gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis der eingesetzten Ressourcen. Erste Ergebnisse werden im Februar 2016 erwartet.

Ordnung ins Chaos bringen: Forschungsprojekt dokumentiert familienbezogene Leistungen

In der Schweiz befassen sich ganze 19 Bundesämter mit der Familienpolitik. Zudem existiert eine grosse Bandbreite von sogenannten familienbezogenen Leistungen, die sich je nach Kanton oder sogar Gemeinde unterscheiden können. Obwohl internationale Statistiken die Ausgaben für jedes Land beziffern, stellt sich die Frage nach der Definition von familienbezogenen Leistungen und der Vergleichbarkeit der Schweizer Daten mit anderen Ländern.

Die BFH hat nun gemeinsam mit Interface-Politikstudien vom Bundesamt für Sozialversicherungen den Auftrag erhalten, eine Bestandesaufnahme der existierenden Leistungen auf allen drei staatlichen Ebenen zu machen und eine Systematisierung dieser Leistungen vorzunehmen. Ziel ist es einerseits den Familienlastenausgleich in der Schweiz zu quantifizieren und andererseits systematische internationale Vergleiche durchführen zu können.

Weiterbildung

Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Sozialhilfe, Sozialversicherungen und Arbeitsintegration		
Beratung von Menschen mit psychischen Problemen	24./25. September 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-SOZ-27
Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund	21./22. Oktober 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-SOZ-29
Fachkurs Sozialhilfe	November bis Dezember 2015	K-SOZ-22
Sozialversicherungsrecht	3./4. und 24./25. November 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-REC-1
Arbeit mit Kindern und Familien	25./26. November 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-SOZ-30
Fachkurs Arbeitsintegration	Frühjahr 2016	K-SOZ-28
Fachkurs Methodisches Handeln mit Risikogruppen	August bis November 2016	K-SOZ-26
Beratung von jungen Erwachsenen	25./26. August 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-SPE-2
Fachkurs Sozialversicherungsrecht [neu]	2 × 4 Tage, Start mehrmals jährlich, 8.45–16.45 Uhr	K-SVE-2
Kurse zum Thema Opferhilfe		
Fachkurs Opferhilfe	Januar bis September 2016	K-SPE-1
Gesprächsführung mit traumatisierten Menschen	6./7. September 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-SPE-33
Kurse zum Thema Sozialpolitik		
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern / Region Thun und Berner Oberland	12. Mai 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-SOZ-10
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern / Regionen Bern Mittelland, Seeland, Ob- und Nidwalden	16. Juni 2016, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-11
Einführungskurs für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern	24. August 2016, 8.45–17.15 Uhr	K-SOZ-8
Vertiefungskurs 1: Kontrolle und Controlling durch die Sozialbehörde	10. März 2016, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-14
Vertiefungskurs 3: Strategische Sozialplanung in der Gemeinde durch die Sozialbehörde	5. November 2015, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-16
Vertiefungskurs 4: Interne und externe Kommunikation der Sozialbehörde	10. November 2015, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-17
Verantwortung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Was heisst das?	9. und 25. Mai 2016, 17.00–20.15 Uhr	K-SOZ-23
Kurs für Sachbearbeitende		
Fachkurs Sachbearbeitung in sozialen Dienstleistungsorganisationen	November 2015 bis April 2016	K-ADM-4
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Opferhilfe	Beginn mit jedem Fachkurs Opferhilfe	C-SPE-1
CAS Soziale Sicherheit	März bis Dezember 2016	C-REC-2
CAS Soziale Arbeit im sozialen Sicherungssystem [neu]	Start jederzeit möglich	C-SOZ-9

soziale-arbeit.bfh.ch

Bilder-Reisen

Kunstbetrachtung mit demenzkranken Menschen



Prof. Dr. Regula Blaser
Dozentin
regula.blaser@bfh.ch



Dr. Stefanie Becker
Ehemalige Leiterin Institut Alter

Ein Besuch im Museum kann eine stimulierende Abwechslung im Alltag von demenzkranken Menschen sein. Besonders weil Kunst die Möglichkeit für eine intuitive, emotional geleitete Auseinandersetzung mit der Umwelt und dem Kunstgegenstand ermöglicht – eine Ebene, auf der Menschen mit Demenz sehr sensibel und ansprechbar bzw. erreichbar sind. Weiter stellt ein Museumsbesuch einen Beitrag zur sozialen Integration und gesellschaftlichen Partizipation einer noch immer häufig ausgegrenzten Bevölkerungsgruppe dar.

Das Zentrum Paul Klee widmet sich in erster Linie den Werken von Paul Klee, das Kunstmuseum Bern verfügt über eine breite Sammlung von Werken aus verschiedenen Jahrhunderten. Damit bilden die beiden Museen mit ihren Sammlungsschwerpunkten unterschiedliche Voraussetzungen, um demenzkranken Menschen die Begegnung mit Kunst zu ermöglichen. Um für Menschen mit Demenz Angebote im Museumsbereich in bestmöglicher Weise erarbeiten zu können, ist die Kenntnis der differenziellen Wirkung unterschiedlicher Kunststile zentral. In einem Projekt untersuchte das Institut Alter ob demenzkranke Menschen unterschiedlich auf verschiedene Kunststile reagieren.

Werk-Betrachtung mit der TimeSlips-Methode

In der Studie wurde mit der TimeSlips-Methode gearbeitet (vgl. Kasten). Die TimeSlips-Sessions wurden mit zwei verschiedenen Gruppen demenzkranker Menschen durchgeführt. Die eine Gruppe lebt im Zentrum Schönberg Demenz und Palliative Care, die andere im Domicil Kompetenzzentrum Demenz Bethlehemacker – zwei auf die Betreuung und Pflege dieser Zielgruppe spezialisierte Langzeitpflegeeinrichtungen in der Stadt Bern. Jede Gruppe nahm im vierzehntägigen Rhythmus an vier Sessions teil, an denen je ein Werk mit der Vermittlungsmethode TimeSlips betrachtet wurde. Die Teilnehmerzahl schwankte, je nach Gesundheitszustand der Teilnehmenden, zwischen sechs und acht pro Session. Den demenzkranken Personen stand bei jeder Session eine persönliche Begleitperson zur Seite.



Beispiel für ein abstraktes Werk: Paul Klee: Park bei Lu, 1938

Je zwei Vertreterinnen des Studienteams nahmen an jeder Session teil und füllten während der Session unabhängig voneinander einen standardisierten Beobachtungsbogen aus. Nach jeder Session wurden die Beobachtungen und Einschätzungen gemeinsam diskutiert und das emotionale Stimmungsbild wurde beurteilt und beschrieben. Die TimeSlips-Methode sieht vor, dass eine Protokollführerin die Äusserungen der Teilnehmenden wörtlich protokolliert und sie den Teilnehmenden im Verlauf der Session immer wieder zusammengefasst vorliest. Diese anonymisierten Wortprotokolle wurden vom Studienteam quantitativ und qualitativ ausgewertet.

Die ausgewählten Werke

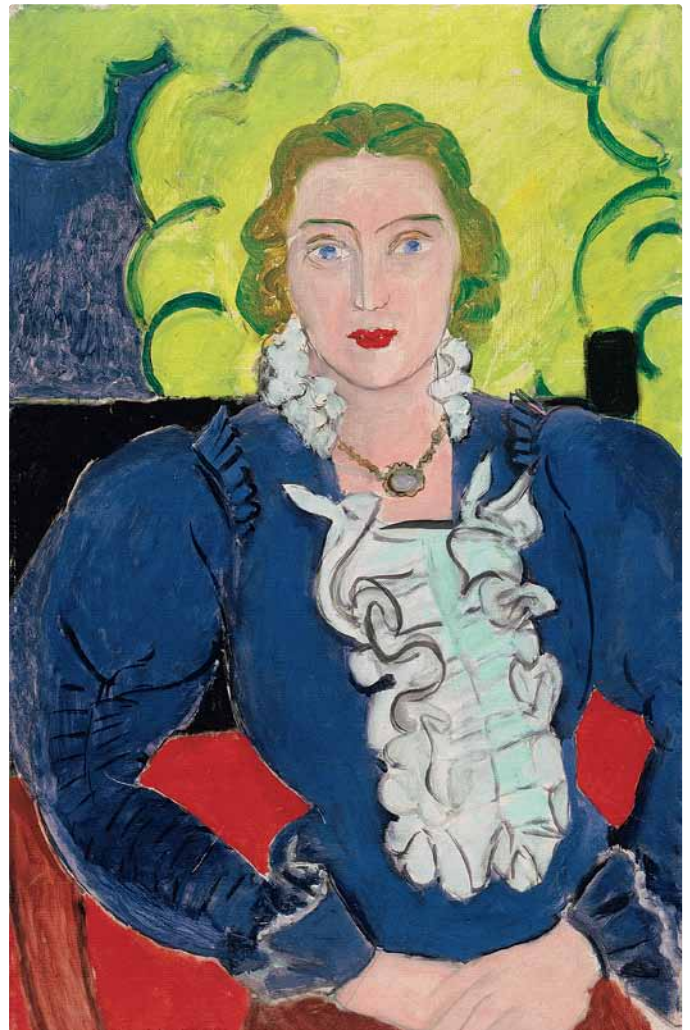
Die Werkauswahl erfolgte nach bestimmten formalen und inhaltlichen Kriterien. Entscheidend war einerseits die Grösse des Bildes: Es sollte auch aus der Distanz für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit gut erkennbar sein. Andererseits sollten die Werke über genügend Farb- sowie Hell-Dunkel-Kontraste verfügen, um eine gute Wahrnehmung auch für ältere Menschen zu gewährleisten, deren Kontrastsensitivität in der Regel reduziert ist.

Positive Emotionen durch Bildbetrachtung

Insgesamt zeigte sich eine positive Wirkung der TimeSlips-Sessions. Während der Sessions waren die Teilnehmenden überwiegend in positiver Stimmung, die sich am häufigsten in Interesse äusserte. Freude und Wohlbefinden waren weitere beobachtete positive Emotionen. Diese positiven Emotionen wurden, für die Beobachtenden deutlich sichtbar, durch die Bildbetrachtung ausgelöst. So neigten sich die Personen zum Bild hin, ihr Blick schweifte beobachtend über das Bild, sie wandten sich den Personen zu, die sich zum Bild äusserten oder reagierten verbal darauf. Weiter folgten sie mit sichtbarem Interesse den Zusammenfassungen der Moderatorinnen. Die Begleitpersonen beobachteten, dass diese positiven Emotionen über die eigentliche Session hinaus andauerten, und dass sie sich ab der zweiten Session zum Teil schon im Vorfeld der Museumsbesuche als Vorfreude äusserten.

Dieses positive Erleben wurde durch die TimeSlips-Methode geeignet und zielgruppengerecht gefördert, indem die Personen auf einer nicht-kognitiven Ebene angesprochen wurden. Dadurch gelang es, einen Zugang auch zu Personen zu finden, die sich im Alltag sonst eher zurückziehen und als introvertiert gelten. Diese Öffnung war zum Teil als Prozess über die vier Sessions eindrucksvoll von den Begleitpersonen und den Moderatorinnen zu beobachten und wurde auch in den entsprechenden Daten sichtbar.

Negatives Erleben während der Sessions wurde sehr selten beobachtet. Missemmpfinden als die schwächste Kategorie des negativen Erlebens wurde in Situationen beobachtet, in denen die Moderatorin eine teilnehmende Person aktiv einzubeziehen versuchte und diese Person nichts sagen konnte oder wollte.



Beispiel für ein realistisches Werk: Henri Matisse: die blaue Bluse, 1936

Unterschiede je nach Kunststil

Die Frage nach dem unterschiedlichen Erleben je nach Kunststil konnte weniger eindeutig beantwortet werden.

In Bezug auf das emotionale Erleben der Teilnehmenden konnten keine Unterschiede zwischen den Kunststilen beobachtet werden; es war sowohl beim realistischen wie auch beim abstrakten Stil überwiegend positiv. Auch die quantitative Auswertung der Wortprotokolle der Sessions liess diesbezüglich keine systematischen Unterschiede in der aktiven Beteiligung der Teilnehmenden erkennen. Lediglich eine Begleitperson beobachtete, dass abstrakte Werke die Fantasie der demenzkranken Personen offenbar mehr anregten, während realistische Werke den demenzkranken Personen den verbalen Ausdruck erleichterten.

Die fantasieanregende Wirkung abstrakter Werke auf demenzkranke Menschen wurde durch die qualitative Auswertung der Wortprotokolle gestützt. Diese hatte gezeigt, dass durch den grösseren Interpretationsspielraum bei abstrakten Werken vielfältigere Benennungen entstanden. Als Folge waren auch die erzählten Geschichten bei den abstrakten Werken zahlreicher und zwischen den beiden Gruppen sehr unterschiedlich. Durch den grösseren Interpretationsspielraum konnten

zum Teil mehr Anknüpfungspunkte an die eigene Erlebniswelt generiert werden. Dieser Schluss ist jedoch nicht bei allen Sessions mit abstrakten Werken zulässig und daher – auch aufgrund der kleinen Stichprobe – als vorläufig zu betrachten.

Auch die Moderatorinnen nahmen Unterschiede in Art und Ablauf der Sessions in Abhängigkeit vom Kunststil wahr. So meinen sie, eine grössere emotionale Betroffenheit bei realistischen Werken beobachtet zu haben. Bei den abstrakten Werken hingegen nahmen sie einen grösseren Interpretationsspielraum wahr, den sie als erschwerend für die Moderation einstufen. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass die TimeSlips-Methode ursprünglich mit Fotografien arbeitet und nicht primär auf die Integration sehr unterschiedlicher Inhalte angelegt ist. Darin sehen die Moderatorinnen ein Entwicklungspotenzial für die Methode.

Methode mit grossem Potenzial

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass gerade im zentralen Punkt des emotionalen Erlebens der demenzkranken Personen keine systematischen Unterschiede zwischen den Kunststilen nachgewiesen werden konnten. Unterschiede liessen sich in Bezug auf die von den demenzkranken Personen zu den Werken entwickelten Fantasien und Geschichten feststellen, ohne dass eine (Be)Wertung vorgenommen werden kann und soll. Die TimeSlips-Methode hat sich als sinnvolle, lebensqualitätsförderliche und emotional positiv stimulierende Partizipationsmöglichkeit für Menschen mit

Demenz erwiesen. Insbesondere die unerwartete Wirkung auf sonst zurückhaltende oder wenig aktive Demenzkranke und auf ihre Erinnerungsfähigkeit in Bezug auf diese Erlebnisse verdeutlichen das Potenzial der Methode auch als nachhaltige Intervention, um vorhandene Kompetenzen möglichst lange zu erhalten.

Das Projekt der Kunstbetrachtung mit demenzkranken Menschen wird im Creaviva Zentrum Paul Klee, auch aufgrund der vorliegenden positiven Evaluationsbefunde, weitergeführt. ●

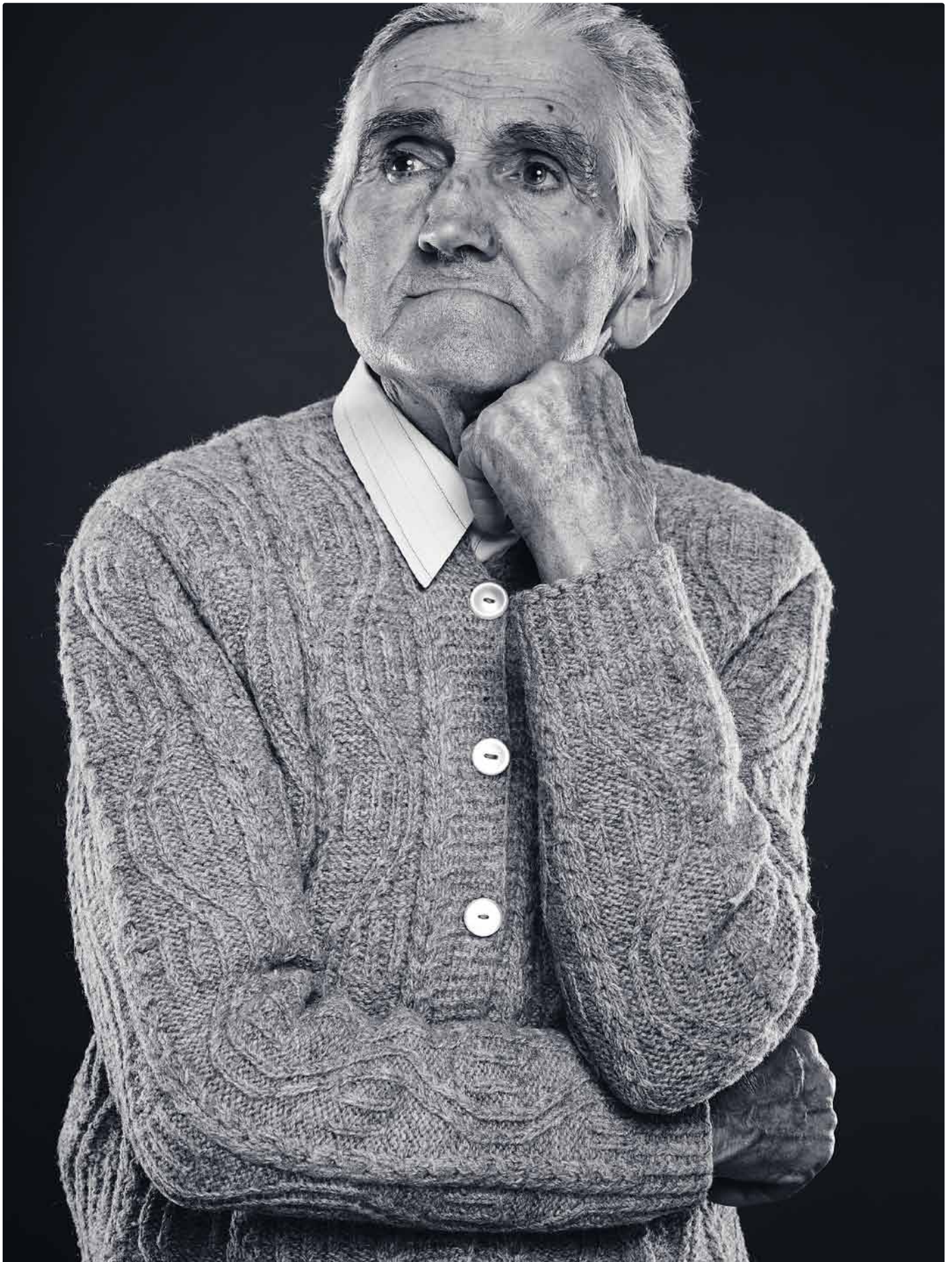
Literatur:

- Basting, A. D. (2009): *Forget Memory: Creating Better Lives for People with Dementia*. Baltimore: The Johns Hopkins University (dt. Ausgabe: Basting, A. D. (2012). *Das Vergessen vergessen. Besser leben mit Demenz*. Übersetzt von G. Kreutzner. Bern: Hans Huber).
- Lawton, M.P.; Van Haitsma, K.; Perkinson, M. & Ruckdeschel K. (1999): Observed affect and quality of life in dementia: Further affirmations and problems. *Journal of Mental Health and Aging*, 5, 69–81.
- Oppikofer, S. (2014): «Aufgeweckte Kunst-Geschichten», mit Demenz Bilder gemeinsam neu entdecken. *dandelion aktuell*, 2–3.
- Wilkening, K.; Manzei, V. & Oppikofer, S. (2013): Mit Demenz und Fantasie zu gemeinsamen Geschichten. *Die TimeSlips-Methode. NOVAcure*, 4 (13), 32–34.
- Wilkening, K.; Kündig, Y. & Oppikofer, S. (2014): Aufgeweckt! Eine Kunst-Geschichte. *Demenz. das Magazin*, 20, 7–9.

TimeSlips-Methode

Die in der Kunstbetrachtung mit demenzkranken Menschen für die Gesprächsführung vor den Bildern eingesetzte Vermittlungsmethode ist die TimeSlips-Methode (Bastings 2009). Die TimeSlips-Technik ist eine «Storytelling»-Methode, die einen einfachen Weg aufzeigt, wie man ohne vorherige Biografie-Kenntnisse der Teilnehmenden eine kreative Gruppenaktivität initiieren kann, die allen Beteiligten Freude macht. Die TimeSlips-Technik macht ein Mitmachen an den gemeinsamen Aktivitäten auch mit zunehmender Demenz, z.B. mit Gedächtnisproblemen oder Wortfindungsschwierigkeiten, möglich. Zudem entstehen mit anderen teilbare Ergebnisse, welche das Selbstwertgefühl und die öffentliche Anerkennung von Menschen mit Demenz in besonderer Weise stärken.

Weiterführende Informationen zur Methode unter www.timeslips.org



Aktuelles

Forschung



Betreuung demenzkranker und sehbehinderter Menschen

Viele Menschen, die an Demenz erkrankt sind, sind auch in ihrem Seh- bzw. Hörsehvermögen beeinträchtigt. Für eine optimale Pflege und Betreuung ist es gerade deswegen wichtig, die Ressourcen dieser Menschen zu erkennen und zum Erhalt und der Förderung ihrer Lebensqualität zu nutzen.

Ziel des Projektes ist es, entsprechende Leitlinien für die ambulante und stationäre Betreuung und Pflege dieser besonders vulnerablen Personengruppe zu entwickeln. Dazu sollen bewährte Konzepte der Demenzbetreuung und der Heilpädagogik berücksichtigt werden. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Team sowie eine Begleitgruppe mit Expertinnen und Experten aus der Praxis gewährleistet dabei die gleichwertige Berücksichtigung der Krankheitsbilder. Die Projektleitung liegt beim Schweizerischen Zentralverein für das Blindenwesen, Projektpartner sind die BFH sowie die interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich.

Lesbische, schwule, bi-, trans- oder intersexuelle Menschen im Alters- und Pflegebereich

Wie sensibel sind Alters- und Pflegeorganisationen in der Schweiz im Hinblick auf lesbische, schwule, bi-, trans- oder intersexuelle (physisch nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnende) Menschen? Und: Sind sie auf HIV-positive oder aidskranke Menschen vorbereitet? Diesen Fragen geht eine Studie der BFH in Zusammenarbeit mit der FHS St. Gallen (Projektleitung) und der Hochschule Luzern nach.

Ziel der Studie, die von der Fachgruppe Alter der Schweizer Schwulenorganisation Pink Cross in Auftrag gegeben wurde, ist es, den Grad der Sensibilisierung von Alters- und Pflegeorganisationen zu diesem Thema zu messen. Es sollen erste Angaben darüber gemacht werden können, inwieweit sich die Alters- und Pflegebereiche mit diesen Kundinnen- und Kundengruppen auseinandersetzen und auf diese vorbereitet sind, um ihnen ein würdiges Altern frei von Diskriminierung oder Stigmatisierung zu ermöglichen. Durch die schweizweite Befragung werden erstmals repräsentative Daten zum eventuellen Handlungsbedarf erarbeitet, die als Grundlage für Entscheidungsträgerinnen und -träger bereitgestellt werden.

Weiterbildung

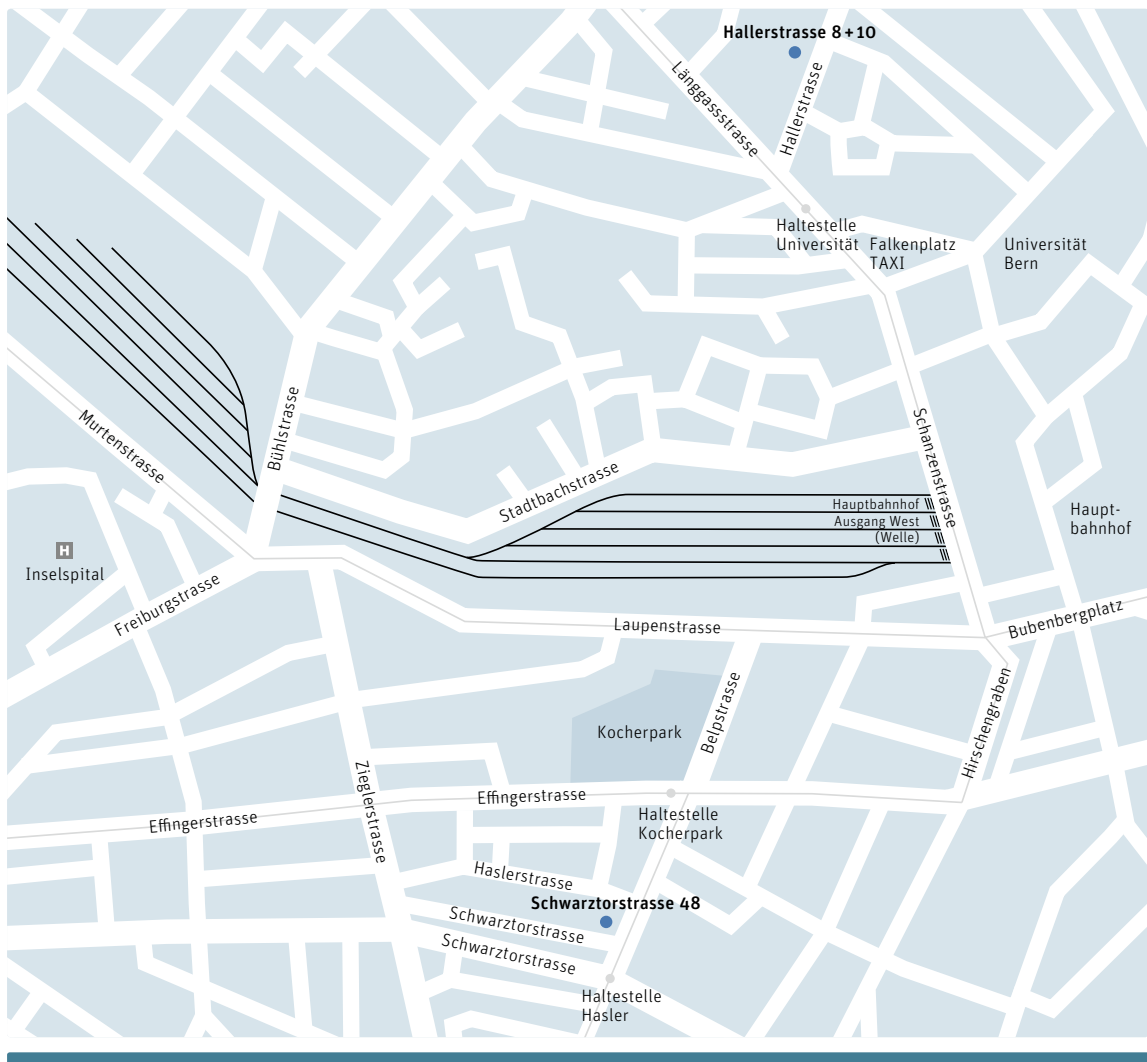
Angebot	Datum	Web-Code
Kurse zum Thema Altern und Alter		
Altern im 21. Jahrhundert	10./11. September 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-28
Altersdiskriminierung	11. September 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-50
Ökologische Aspekte des Alterns: Wechselwirkungen zwischen Person und Umwelt	14. Oktober 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-35
Bildung im Alter	15. Oktober 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-36
Biografische Transitionen in der zweiten Lebenshälfte	16. Oktober 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-18
Ältere Menschen und Migration	21. Oktober 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-49
Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus soziologischer Sicht	11. November 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-15
Geschlechtsspezifische Fragestellungen im Alter	9./10. Dezember 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-21
Sucht und Sexualität im Alter	11. Dezember 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-17
Körperliche Prozesse und Sinneswahrnehmung im Alter	8. Januar 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-19
Biografische Bildungsarbeit	4./5. Februar 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-34
Logotherapie: Sinnfindung und Endlichkeit	9. März 2016, 8.45–16.45 Uhr und 10. März 2016 8.45–12.15	K-A-37
Kurse zu den Themen Familiäre Pflege, Betreuung, Beratung, Bewegungsbasierte Alltagsgestaltung		
Support von Freiwilligen: Grundlagen, Konzepte, Standards und Grenzen der Freiwilligenarbeit	23. November 2015, 8.45–16.45 Uhr und 24. November 2015, 8.45–12.15 Uhr	K-A-30
Einführung in die familienzentrierte Pflege und Beratung (Calgary-Modell)	7./8. Januar 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-31
Das neue Erwachsenenschutzrecht in der Praxis der Altersarbeit	12. Januar 2016	T-A-4
Ressourcen pflegender Angehöriger [neu]	11. Februar 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-57
Case Management und interdisziplinäre Zusammenarbeit im Zusammenhang mit häuslichen Pflegesituationen	14. März und 9./10. Mai 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-3
Systemisch-ökologischer Beratungsansatz für den Support von pflegenden Angehörigen und Freiwilligen	15./16. März 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-60
Ästhetik eigener Bewegung als Tanzerfahrung	4 Tage, April 2016 bis März 2017	K-A-53
Idiolektik – Eigensprache als Zugang zu eigenen Ressourcen	4 Tage, April 2016 bis März 2017	K-A-54
Angehörigenpflege: Aufgaben, Rollen und Beziehungen	8. April 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-29
Rechtliche Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit familiärer Pflege [neu]	2. Juni 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-58
Erfassung der Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.DE)	6. Juli 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-10
Allein lebende Menschen mit Demenz [neu]	7. Juli 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-59
Familiäre Pflegesituationen im Migrationskontext: Transkulturelle Support-Kompetenz	19. August 2016, 8.45–16.45 Uhr	K-A-12
Fachkurse		
Lebensgestaltung in familiären Betreuungssituationen A1	8 Tage, Oktober 2015 bis August 2016	K-A-40
Support für Angehörige und Freiwillige in Betreuungssituationen B1	9½ Tage, Januar 2016 bis Juli 2016	K-A-42
Koordinatorin/Koordinator im Familienrat – Family Group Conference	8 Tage, März 2016 bis Januar 2017	K-KES-15
Lebenswelt als Bildungssystem	8 Tage, April 2016 bis März 2017	K-A-51
Bewegung ist Bildung	12 Tage, April 2016 bis März 2017	K-A-52
Vorkurs für Studiengänge des Institut Alters		
Einführung ins wissenschaftliche Arbeiten	4. November und 1. Dezember 2015, 8.45–16.45 Uhr	K-A-55

alter.bfh.ch

Angebot	Datum	Web-Code
Certificate of Advanced Studies (CAS)		
CAS Altern – systemisch betrachtet	Oktober 2015 bis Mai 2016	C-A-3
CAS Pflegende und betreuende Angehörige und Freiwillige unterstützen	Oktober 2015 bis September 2016	C-GER-1
CAS Demenz und Lebensgestaltung – Grundlagen und konzeptionelles Handeln	November 2015 bis November 2016	C-GER-3
CAS Gerontologie als praxisorientierte Wissenschaft	Januar bis September 2016	C-A-5
CAS Grundlagen Bewegungs-basierte Alltagsgestaltung – Befähigen statt helfen bis ins hohe Alter	März 2016 bis April 2017	C-GER-2
CAS Altern im gesellschaftlichen Kontext	Juni 2016 bis Januar 2017	C-A-4
Diploma of Advanced Studies (DAS)		
DAS Angehörigen- und Freiwilligen-Support	Oktober 2015 bis September 2017	D-GER-1
DAS Demenz und Lebensgestaltung	November 2015 bis November 2017	D-GER-3
DAS Bewegungs-basierte Alltagsgestaltung – Befähigen statt helfen bis ins hohe Alter	März 2016 bis April 2018	D-GER-2
Master of Advanced Studies (MAS)		
MAS Gerontologie – Altern: Lebensgestaltung 50+ [neu in modularer Form]	Einstiegsmöglichkeit mit jedem CAS	M-GER-1
Infoveranstaltung		
Infoveranstaltung Master-, Diploma-, Zertifikats-Studiengänge des Instituts Alter (in Bern)	27. Oktober 2015, 18.15–20.00 Uhr	IW-A-5
Impulsveranstaltung		
Kognition und Motorik bei älter werdenden Menschen	18. Januar 2016, 13.15–16.45 Uhr	T-A-1

alter.bfh.ch

Unsere Standorte



Die Weiterbildungsveranstaltungen finden in der Regel an der Schwarztorstrasse 48 in Bern statt. Bitte beachten Sie die Anzeige beim Eingang.

Berner Fachhochschule

Fachbereich Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern

Telefon +41 31 848 36 00

soziale-arbeit@bfh.ch
soziale-arbeit.bfh.ch

Studium

- Bachelor und Master in Sozialer Arbeit

Weiterbildung

- Master, Diploma und Certificate of Advanced Studies
- Kurse
- Betriebsinterne Weiterbildungen

Dienstleistungen

- Evaluationen und Gutachten
- Entwicklung und Beratung
- Bildung und Schulung

Angewandte Forschung und Entwicklung

- Soziale Intervention
- Soziale Organisation
- Soziale Sicherheit